

# Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022» aufgrund des Krieges in der Ukraine

Aussen-, Sicherheits- und  
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend

Tibor Szvircsev Tresch, Stefano De Rosa, Thomas Ferst, Patric Rohr,  
Jacques Robert

Bericht vom 14. Juli 2022

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich  
Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Schweizer Armee



**ETH** zürich

**Rückfragen zum Bericht:**

Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch  
Herausgeber der Studie «Sicherheit»  
Dozent Militärsoziologie  
Militärakademie (MILAK) an der ETHZ  
+41 58 484 82 32 / +41 79 333 22 51  
tibor.szvircsev@vtg.admin.ch

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>4</b>
<b>Kurzzusammenfassung</b>	<b>5</b>
<b>1 Datenbasis</b>	<b>6</b>
<b>2 Allgemeine Sicherheit und Vertrauen in Institutionen</b>	<b>7</b>
2.1 <i>Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz</i>	7
2.2 <i>Einschätzung der weltpolitischen Lage</i>	9
2.3 <i>Allgemeines Sicherheitsempfinden</i>	10
2.4 <i>Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden</i>	12
2.5 <i>Gefühl der Ängstlichkeit</i>	15
2.6 <i>Szenarien für Europa</i>	17
<b>3 Aussen- und Sicherheitspolitik</b>	<b>19</b>
3.1 <i>Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen</i>	19
3.2 <i>Schweizer Beteiligung innerhalb der UNO</i>	21
3.3 <i>Zustimmungen zur NATO-Annäherung und zum NATO-Beitritt</i>	23
3.4 <i>Militärische und nationale Autonomie</i>	26
<b>4 Neutralität</b>	<b>29</b>
4.1 <i>Neutralitätsprinzip und differenzielle Neutralität</i>	29
4.2 <i>Solidaritäts- und Identifikationsfunktion der Neutralität</i>	31
4.3 <i>Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität</i>	34
4.4 <i>Neutralität und internationale Verflechtung</i>	37
4.5 <i>Schweizer Sanktionspolitik gegenüber Russland</i>	39
<b>5 Verteidigungspolitik</b>	<b>41</b>
5.1 <i>Notwendigkeit der Armee</i>	41
5.2 <i>Ausrüstung und Ausbildung der Armee</i>	43
5.3 <i>Gesellschaftliche Rolle der Armee</i>	46
5.4 <i>Miliz- versus Berufsarmee</i>	48
5.5 <i>Abschaffung der Wehrpflicht</i>	50
5.6 <i>Zufriedenheit mit der Leistung der Armee</i>	52
5.7 <i>Verteidigungsausgaben</i>	53
<b>6 Fazit zur Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022»</b>	<b>56</b>

## Vorwort

Mit dem Bericht 'Ergebnisse der Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022»' halten Sie eine Zwischenbefragung der seit 1999 unter dem Titel «Sicherheit» erscheinenden Studienreihe in Ihren Händen. Konzeptionell basiert die Studienreihe «Sicherheit» auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1993 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Durch jährlich durchgeführte repräsentative Telefonbefragungen werden Momentaufnahmen, Tendenzen und längerfristige Trends der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung gemessen und aufgezeigt. Damit stellen die Herausgeber, die Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit aufbereitetes Wissen über die Einstellungen des Stimmvolkes zur Verfügung.

Die Daten der Studie «Sicherheit 2022» wurden vor der russischen Invasion in die Ukraine (24.02.2022) im Januar (04.01.2022 – 20.01.2022) erhoben. Dies bedeutet, dass innen- und aussenpolitische Auswirkungen des Krieges in der Ukraine nicht aufgezeigt werden konnten. Aufgrund des Krieges in der Ukraine führte die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich vom 30. Mai bis 17. Juni 2022 bei 1003 Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine Nachbefragung zur Studie «Sicherheit 2022» in der Deutsch-, Westschweiz, als auch im Tessin durch. Dabei wurden die meisten Standardfragen der Studienreihe «Sicherheit» erneut erhoben, um mögliche Effekte des Krieges in der Ukraine im aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild der Schweizer Stimmbevölkerung aufzuzeigen. Zusätzlich wurden noch Fragen zur Schweizer Sanktionspolitik gegenüber Russland und der zukünftigen Entwicklung Europas sowie zum persönlichen Sicherheitsgefühl als auch jenes des Bekanntenkreises gestellt. Es zeigt sich, dass der Krieg in der Ukraine die Einstellung der Schweizer Bevölkerung zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen signifikant verändert hat.

Der Bericht zur Nachbefragung liegt auf Deutsch vor. Die Grafiken können jedoch auf Anfrage auch auf Englisch, Französisch und Italienisch bezogen werden. Die Autoren bedanken sich bei Miriam Dahinden-Ganzoni vom CSS für die Erstellung der Grafiken, sowie bei Emanuela Rizzo (MILAK) für das Korrekturlesen des Manuskriptes.

Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch  
Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich

## Kurzzusammenfassung

**Allgemeine Bemerkungen:** Die Daten für die Studie «Sicherheit 2022» wurden vor der russischen Invasion in die Ukraine (24.02.2022) im Januar (04.01.2022 – 20.01.2022) erhoben. Aus diesem Grund wurde eine leicht verkürzte telefonische Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022»<sup>1</sup> vom 30. Mai bis 17. Juni 2022 durchgeführt, um mögliche Effekte des Krieges in der Ukraine auf die Einstellungen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweizer Bevölkerung aufzeigen zu können.

**Sicherheitsempfinden und Wahrnehmung der Schweiz und der Welt:** Schweizerinnen und Schweizer blicken pessimistischer in die Zukunft als noch im Januar 2022. Dies betrifft einerseits die nahe Zukunft der Schweiz (22% pessimistisch, +9 Prozentpunkte) als auch die Zukunft der weltpolitischen Lage (76% pessimistisch, +8 Pp). Eine Mehrheit von 58% geht davon aus, dass es in Zukunft zu mehr kriegerischen Konflikten in Europa kommen wird. Jede dritte Person berichtet, aufgrund des Krieges in der Ukraine ängstlicher geworden zu sein.

**Aussen- und Sicherheitspolitik:** Unverändert unterstützt eine Bevölkerungsmehrheit weiche Kooperationsformen ohne institutionelle Bindungen, wie «Gute Dienste», vermehrte Konfliktvermittlung und verstärkte Entwicklungshilfe. Das Engagement der Schweiz innerhalb der UNO (Engagement für UNO-Anliegen, Schweizer UNO-Friedenstruppen) wird weiterhin mehrheitlich befürwortet. Ein Beitritt der Schweiz zur NATO wird von einem Viertel der Bevölkerung gefordert. Hingegen ist die Bereitschaft zu einer Annäherung der Schweiz an die NATO signifikant gestiegen. Neu können sich 52% (+7 Pp gegenüber Januar 2021) eine engere Kooperation vorstellen. Die Zustimmung zur Auffassung, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen mit anderen Staaten fernhalten sollte, ist ebenfalls angewachsen, wird aber nur von einem Drittel der Befragten gefordert.

**Neutralität und Sanktionspolitik:** Die Zustimmung zur Schweizer Neutralität ist auf 89% gesunken (–8 Pp). Unverändert stimmt der differenziellen Neutralität eine knappe Mehrheit zu (57%, +2 Pp) und die Solidaritäts- und Identitätsfunktionen werden von einer deutlichen Mehrheit bejaht. Beide Funktionen büssen jedoch im Vergleich zum Januar an Zustimmung ein. Der Stellenwert der Neutralität als Schutz vor internationalen Konflikten sinkt deutlich (58%, –11 Pp) und ein Drittel der Stimmbevölkerung ist der Meinung, dass ein europäisches Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität (35%, +12 Pp gegenüber Januar 2021). Es treten somit vermehrt kritische Stimmen zur Realisierbarkeit der Neutralität auf. 77% der Schweizerinnen und Schweizer empfinden es als richtig, dass die Schweiz die Sanktionen gegenüber Russland mitträgt und 71% sind der Meinung, dass die mitgetragenen Sanktionen mit der Neutralität der Schweiz vereinbar sind.

**Einstellungen gegenüber der Schweizer Armee:** Signifikant stärker befürwortet die Schweizer Bevölkerung die Notwendigkeit der Schweizer Armee im Juni 2022 (80%, +5 Pp). Der Wunsch nach einer vollständig ausgerüsteten Armee ist gegenüber der Januarbefragung signifikant gestiegen und erreicht einen Höchstwert (74%, +4 Pp). Auch die Forderung nach einer sehr gut ausgebildeten Armee ist wie im Januar 2022 sehr hoch. Signifikant mehr Personen empfinden die Verteidigungsausgaben als zu wenig hoch (19%, +12 Pp). Schweizerinnen und Schweizer stehen zudem weiterhin zum Milizsystem, wollen die Wehrpflicht nicht abschaffen und sind mit der Leistung der Armee zufrieden.

---

<sup>1</sup> Die Studienreihe «Sicherheit», welche von der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich herausgegeben wird, beruht im Kern auf Fragestellungen und Daten, die bis 1991 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Damit wird dem Studienkonzept Rechnung getragen, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der stimmberechtigten Schweizer Bevölkerung anhand von repräsentativen Befragungen sichtbar zu machen.

# 1 Datenbasis

Rund drei Monate nach der russischen Invasion in die Ukraine wurden im Rahmen der Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022» durch das Meinungsforschungsinstitut LINK insgesamt 1003 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der drei grossen Sprachregionen der Schweiz (Deutschschweiz, Westschweiz, Tessin) vom 30. Mai bis 17. Juni 2022 telefonisch befragt. Durchschnittlich dauerte ein Interview 15.3 Minuten und die Bruttoausschöpfungsquote lag bei 13.3%. Da die vorgegebenen Quoten des Bundesamts für Statistik (BfS) für Geschlecht, Alter und sprachregionale Zugehörigkeit (siehe Tabelle 1) erfüllt wurden, ist die Stichprobe ungewichtet und repräsentativ für die Schweizer Stimmbevölkerung.

Tabelle 1: Quotenplan Nachbefragung 2022 – Schweizer Stimmbevölkerung

Quotenmerkmal	Absolute Anzahl Interviews	Anzahl Interviews in %	BfS 2021 in %
<b>Geschlecht</b>			
Männer	479	48	48
Frauen	524	52	52
<b>Alter</b>			
18 – 35 Jahre	242	24	24
35 – 49 Jahre	217	22	22
50 – 64 Jahre	271	27	27
65+ Jahre	273	27	27
<b>Sprachregion</b>			
D-CH	733	74	74
F-CH	228	22	22
Tessin	42	4	4
<b>Total</b>	<b>1003</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

## Darstellung der Studienergebnisse

Die in den Klammern angegebenen  $\pm$  Prozentpunkte (Pp) weisen die Differenz zur Januar-Erhebung 2022 aus. Der mögliche Stichprobenfehler liegt bei der 2022er-Nachbefragung bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei  $\pm 3.2$  Pp. Dies bedeutet, dass ein von uns gemessener Wert von 50% für X mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zur Grundgesamtheit (Schweizer Stimmbevölkerung) gehört und dass die Streuung von X zwischen 46.8% und 53.2% liegt. Wenn nicht anders erwähnt, entsprechen die in Klammern ausgewiesenen prozentualen Häufigkeitsveränderungen zur Erhebung im Januar 2022 nicht einem signifikanten Meinungswandel. Veränderungen zur Erhebung im Januar, welche statistisch signifikant sind, werden explizit im Text erwähnt. Im Allgemeinen wurden die Einstellungen anhand einer 4er-Skala («sehr», «eher», «eher nicht», «überhaupt nicht») erhoben. Die ausgewiesenen Zahlen beziehen sich auf die Gesamtheit aller 1003 Befragten. Die Antwortkategorien «weiss nicht» und «keine Antwort» werden ebenfalls als gültige Antworten gezählt.

## 2 Allgemeine Sicherheit und Vertrauen in Institutionen

### 2.1 Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

Seit Januar 2022 blicken weniger Schweizerinnen und Schweizer optimistisch in die Zukunft der Schweiz (siehe Abbildung 1). Neu äussern sich mit einem Anteil von 78% etwas mehr als drei Viertel der Stimmbevölkerung optimistisch. Dies entspricht einem Rückgang von 8 Prozentpunkten (Pp). Insgesamt sind 7% (–3 Pp) «sehr optimistisch» eingestellt, 71% (–5 Pp) «eher optimistisch». Entsprechend zugenommen hat der Anteil an Personen, welche die Zukunft der Schweiz pessimistisch betrachten. Dieser Anteil liegt bei 22% (+ 9 Pp), zusammengesetzt aus 20% (+8 Pp) «eher pessimistisch» und 2% (+1 Pp) «sehr pessimistisch».

Damit liegt der Zukunftsoptimismus aktuell auf einem vergleichsweise tiefen Niveau, wenn die Stimmung mit den letzten 10 Jahren verglichen wird. Letztmals waren im Jahr 2016 weniger Schweizerinnen und Schweizer optimistisch eingestellt gegenüber der Zukunft des Landes als im Juni 2022. Damals sorgte die Angst vor Terrorismus sowie die Flüchtlingskrise in Europa für einen zeitweiligen Rückgang beim optimistischen Blick auf die Zukunft. Verglichen mit den Neunzigerjahren und dem Beginn der 2000er Jahre ist der Zukunftspessimismus aber auch heute noch weniger verbreitet als damals.

#### **Soziodemografische Einflüsse<sup>2</sup>:**

Mit etwas grösserem Pessimismus schauen eher Personen im Alter ab 65 Jahren in die Zukunft (18–64-Jährige: 81%, ab 65-Jährige: 72%;  $V = 0.11^3$ ). Obwohl dieser Unterschied nicht untypisch ist, wenn die gesamte Messreihe betrachtet wird, so fällt doch der vergleichsweise tiefe Optimismus in der ältesten Generation auf.

#### **Weitere signifikante Unterschiede<sup>4</sup>:**

Je sicherer sich eine Person im Allgemeinen fühlt, desto optimistischer blickt sie auf die Zukunft der Schweiz ( $V = 0.28$ ). Dieser Befund ist in den letzten Jahren deutlicher ausgeprägt als in früherer Zeit. Ebenfalls eine optimistischere Sicht auf die Zukunft der Schweiz haben Personen, welche die zukünftige weltpolitische Lage optimistisch beurteilen ( $V = 0.29$ ). Mit Bezug auf die aktuelle geopolitische Lage ist auch die Frage relevant, ob bald wieder Frieden einkehrt in Europa. Schweizerinnen und Schweizer, welche diese Frage eher verneinen, zeigen sich deutlich pessimistischer mit Blick auf die Zukunft der Schweiz ( $V = 0.20$ ). Interessanterweise spielt es für die Zukunftsperspektive der Schweiz keine Rolle, ob befürchtet wird, dass es in Europa in Zukunft zu mehr kriegerischen Konflikten kommen wird oder nicht.

---

<sup>2</sup> Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

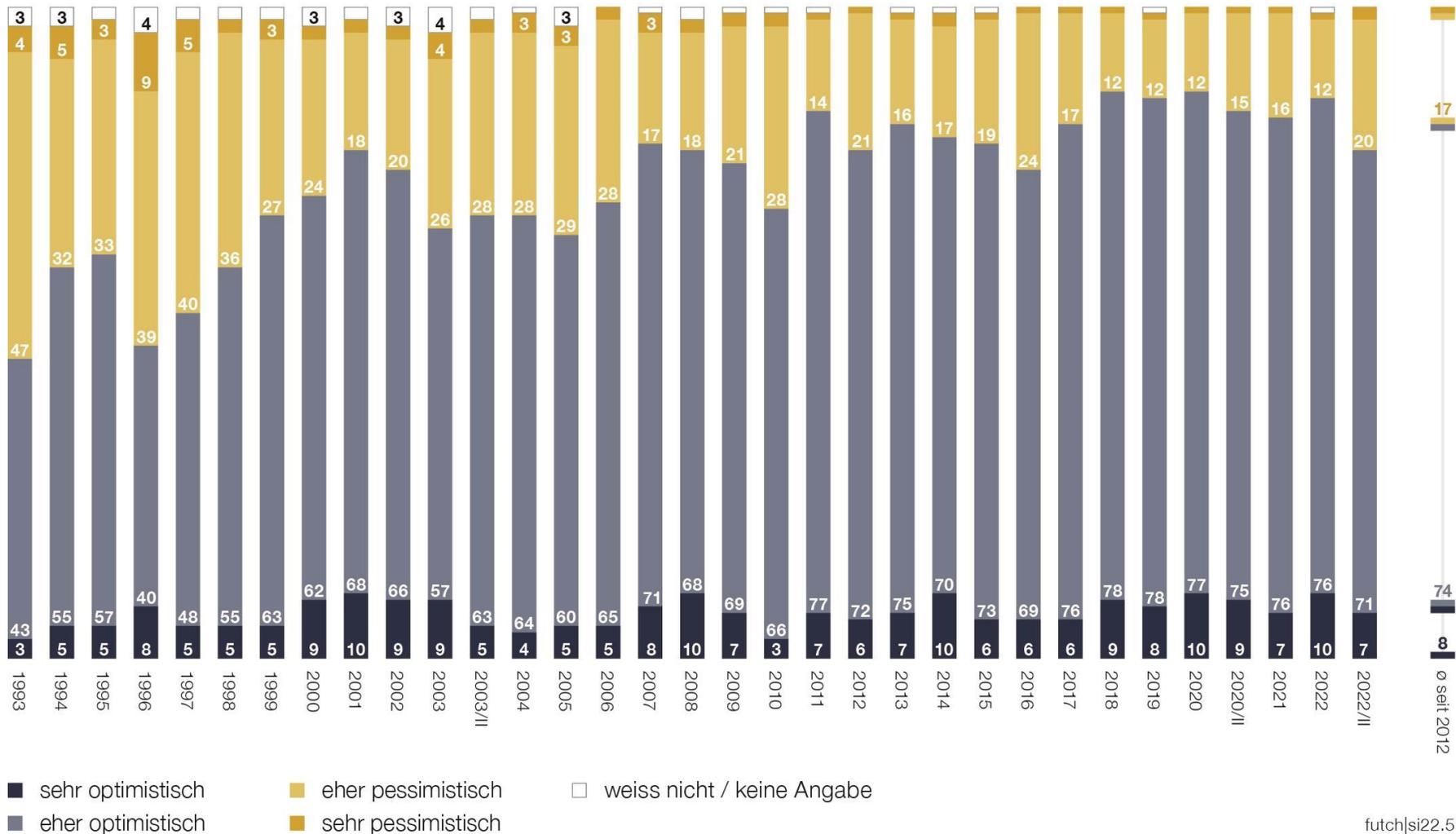
<sup>3</sup> Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1,  $V = 0.1$  kleiner Effekt,  $V = 0.3$  mittlerer Effekt,  $V = 0.5$  grosser Effekt.

<sup>4</sup> Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Abbildung 1: **Subjektive Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz**

«Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?»

Angaben in Prozent, gerundet



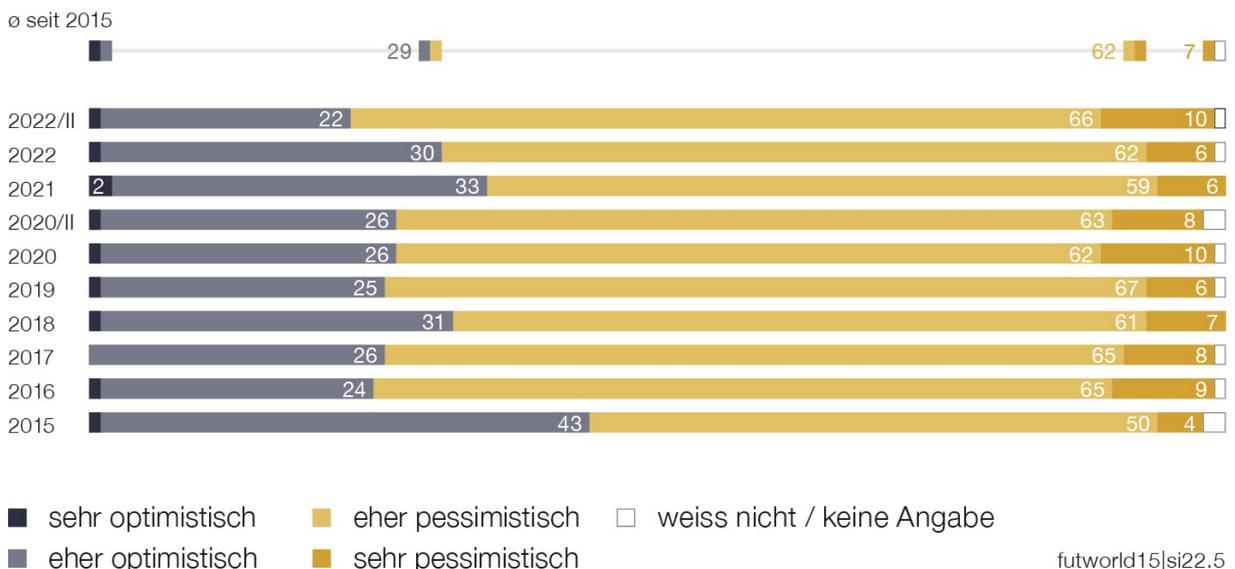
Von grosser Bedeutung für die Zukunftsperspektive der Schweiz ist auch das Vertrauen in den Bundesrat. Je stärker eine Person dem Bundesrat vertraut, desto grösser ist die Zuversicht. Ist das Misstrauen jedoch gross, so überwiegt der Pessimismus deutlich ( $V = 0.34$ ). Obwohl es sich hier schon seit Messbeginn um einen klar bestätigten Zusammenhang handelt, hat die Bedeutung des Vertrauens in den Bundesrat für den Schweizer Zukunftsoptimismus in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Ähnliches zeigt sich beim Vertrauen in die Gerichte und beim Vertrauen in die Medien. Auch hier steigt die Zuversicht in die Zukunft der Schweiz deutlicher, je grösser das Vertrauen ausfällt (Gerichte:  $V = 0.34$ ; Medien:  $V = 0.27$ ). Unter Berücksichtigung des Vertrauens in den Bundesrat zeigt sich, dass auch Personen, die in einer Agglomeration wohnen, tendenziell einen höheren Optimismus für die Zukunft der Schweiz zeigen als Personen, die in einer Stadt oder auf dem Land leben.

## 2.2 Einschätzung der weltpolitischen Lage

Abbildung 2: Subjektive Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage

«Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren?»

Angaben in Prozent, gerundet



Die weltpolitische Lage wird deutlich und signifikant pessimistischer eingeschätzt als im Januar 2022 (siehe Abbildung 2). 76% (+8 Prozentpunkte) äussern sich für die nächsten fünf Jahre pessimistisch. Genau genommen sind 66% (+4 Pp) «eher pessimistisch» und 10% (+4 Pp) «sehr pessimistisch» eingestellt. Somit sinkt der Anteil an Schweizerinnen und Schweizern, die sich zuversichtlich zeigen hinsichtlich der weltpolitischen Lage. Insgesamt liegt der Anteil bei 23% (–8 Pp). 1% ( $\pm 0$  Pp) ist «sehr optimistisch» und 22% sind dies «eher».

Die Frage nach der Einschätzung der zukünftigen weltpolitischen Lage wird in der Studienreihe «Sicherheit» seit dem Jahr 2015 gestellt. Dabei war stets eine Mehrheit der Stimmbevölkerung pessimistisch eingestellt. Im Schnitt waren es knapp 70%. Aktuell ist mit 76% der Anteil an pessimistisch eingestellten Personen überdurchschnittlich hoch. Es ist zu vermuten, dass dieser Befund auf die sehr instabile Lage in Europa und dem Krieg in der Ukraine zurückzuführen ist.

### **Soziodemografische Einflüsse:**

Wie bereits im Januar 2022 zeigen sich beim Zukunftsoptimismus mit Blick auf die weltpolitische Lage keine direkten Unterschiede aufgrund soziodemografischer Eigenschaften. Dies bedeutet, dass der Pessimismus in allen hier untersuchten Gesellschaftsgruppen gleichermaßen zugenommen hat.

### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Personen, welche die Zukunft der Schweiz optimistisch sehen, sind auch hinsichtlich der zukünftigen weltpolitischen Lage optimistischer. Gleiches gilt umgekehrt für die pessimistisch Eingestellten ( $V = 0.29$ ). Zentral ist in der gegenwärtigen Situation auch der Glaube an einen baldigen Frieden in Europa. Bei Personen, die nicht an einen baldigen Frieden glauben, überwiegt die pessimistische Sichtweise auf die weltpolitische Lage deutlich ( $V = 0.23$ ). Pessimistischer betrachtet man die zukünftige Weltpolitik auch häufiger, wenn befürchtet wird, dass es in Zukunft in Europa mehr kriegerische Konflikte geben wird ( $V = 0.18$ ). Dieser Befund unterscheidet sich somit im Vergleich zur wahrgenommenen Zukunft der Schweiz. Für die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Schweiz scheint die Erwartung über die Zunahme von kriegerischen Konflikten in Europa nämlich keinen direkten Einfluss zu haben. In anderen Worten deutet dieser Unterschied darauf hin, dass Schweizerinnen und Schweizer die Schweiz nicht direkt durch zukünftige Kriege bedroht sehen. Zusätzlich sind Befragte, welche sich im Allgemeinen unsicher fühlen, ebenfalls weniger optimistisch ( $V = 0.18$ ).

Beim Vertrauen in die Institutionen zeigt sich, dass ein Zusammenhang besteht zwischen einer optimistischen Sicht auf die weltpolitische Lage und einem höheren Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft ( $V = 0.19$ ). Unter Berücksichtigung des Vertrauens in die Wirtschaft zeigen sich Schweizerinnen und Schweizer, die eingebürgert wurden, häufiger pessimistisch bezüglich der weltpolitischen Lage. Ein Zusammenhang besteht zudem zwischen der optimistischen Sicht der Weltpolitik und der Befürwortung der Schweizer Sanktionen gegen Russland ( $V = 0.18$ ).

## **2.3 Allgemeines Sicherheitsempfinden**

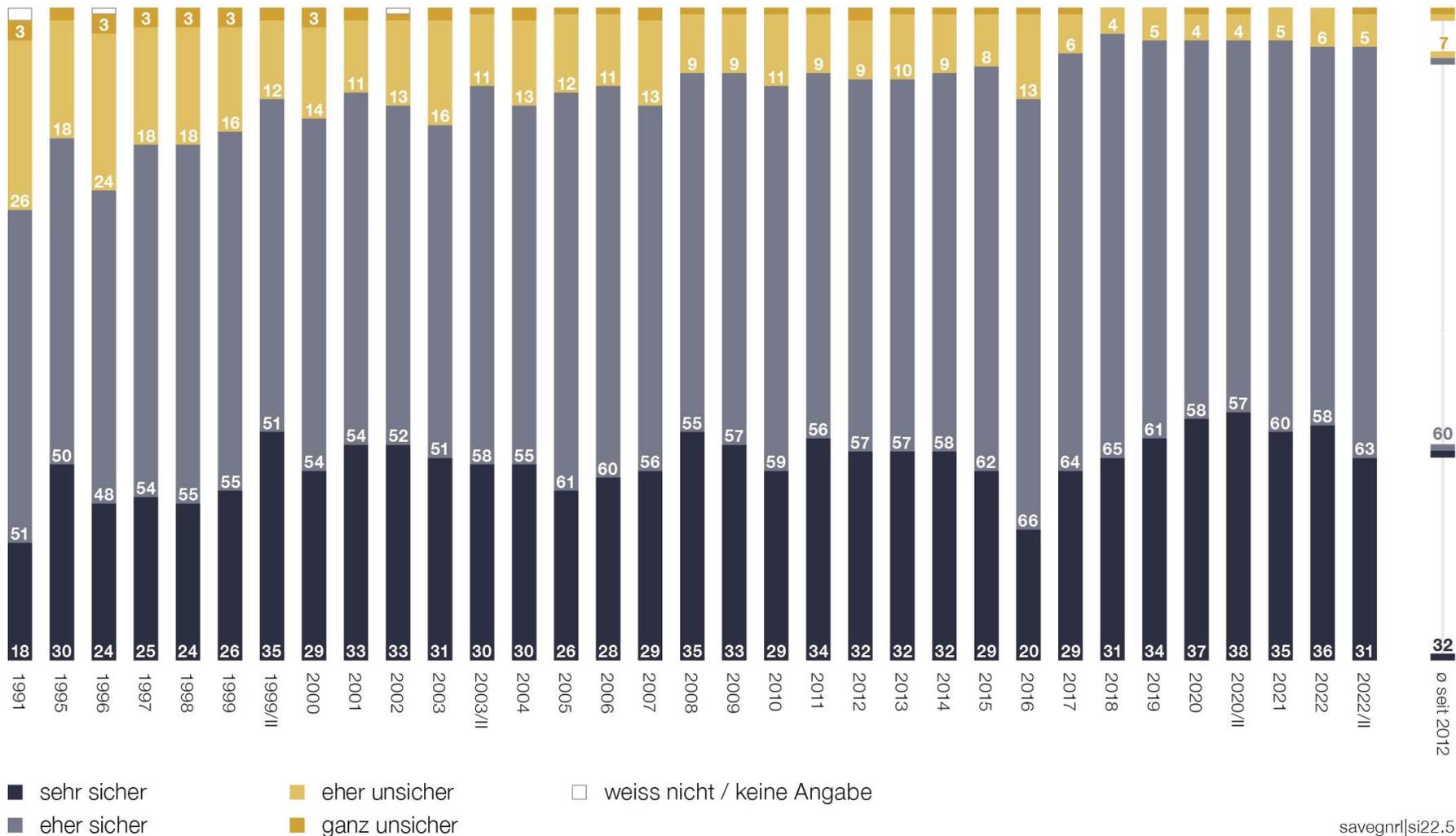
Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich im Juni 2022 mit 94% ( $\pm 0$  Prozentpunkte) im Allgemeinen gleich sicher wie im Januar 2022 (siehe Abbildung 3). Der Anteil an Personen, die sich «sehr sicher» fühlen, beträgt 31% ( $-5$  Pp). 63% ( $+5$  Pp) fühlen sich «eher sicher». Entsprechend gleich geblieben ist mit 6% auch der Anteil an Personen, die sich unsicher fühlen (5%,  $-1$  Pp, «eher unsicher» und 1%,  $+1$  Pp, «sehr unsicher»). Das allgemeine Sicherheitsgefühl verharrt damit seit einigen Jahren auf einem äusserst hohen Niveau.

Anders als im Jahr 2016, als in Folge der Flüchtlingskrise und der Terroranschläge in Europa sowohl der Zukunftsoptimismus als auch das allgemeine Sicherheitsempfinden gesunken sind, nimmt gegenwärtig nur der Zukunftsoptimismus und nicht das Sicherheitsempfinden ab.

Abbildung 3: **Allgemeines Sicherheitsempfinden**

«Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?»

Angaben in Prozent, gerundet



### Soziodemografische Einflüsse:

Frauen fühlen sich etwas weniger sicher als Männer ( $V = 0.18$ ). Dies liegt vor allem daran, dass sie sich seltener «sehr sicher» fühlen (40% vs. 24%). Weiter zeigt sich, dass mit steigender Bildung das Sicherheitsempfinden tendenziell zunimmt (tief: 88%, mittel: 93%, hoch: 96%;  $V = 0.11$ ). Anders als noch im Januar 2022 fühlen sich Personen sicherer, je weiter links sie sich politisch verorten, bzw. Personen fühlen sich weniger sicher, je weiter rechts sie sich politisch positionieren (links: 96%, Mitte: 94%, rechts: 93%;  $V = 0.10$ ). Allerdings ist anzumerken, dass im mehrjährigen Vergleich die politische Orientierung bis ins Jahr 2016 deutlich stärker mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden in Zusammenhang stand als in den letzten Jahren.

### Weitere signifikante Unterschiede:

Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen einem hohen allgemeinen Sicherheitsgefühl einer Person und einem optimistischen Blick in die zukünftige Entwicklung der Schweiz ( $V = 0.28$ ) und der weltpolitischen Lage ( $V = 0.18$ ). Zusätzlich zeigt sich, dass Personen, die aufgrund des Krieges in der Ukraine ängstlicher geworden sind, sich vergleichsweise etwas weniger sicher fühlen ( $V = 0.13$ ). Insgesamt ist allerdings das allgemeine Sicherheitsgefühl nur sehr marginal vom Krieg in der Ukraine beeinflusst. So haben die zukünftigen Erwartungen bezüglich den kriegerischen Entwicklungen in Europa keinen unmittelbaren Einfluss auf das allgemeine Sicherheitsempfinden.

Wichtig sind die Zusammenhänge zwischen dem allgemeinen Sicherheitsempfinden und dem Vertrauen in die Gerichte ( $V = 0.29$ ), in den Bundesrat ( $V = 0.29$ ) und in die Schweizer Wirtschaft ( $V = 0.28$ ). Hohes Vertrauen geht einher mit hohem Sicherheitsempfinden. Bemerkenswert ist dieser Befund, weil zurzeit das Vertrauen in diese Institutionen besonders stark mit dem allgemeinen Sicherheitsgefühl zusammenhängt im Vergleich zu den vergangenen Jahren.

## 2.4 Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden

Tabelle 2: Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 2007 bis 2022/II

Institutionen-Vertrauensindex (VI): gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen» nach Vertrauensmass sortiert)

	'07	'08	'09	'10	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'20/II	'21	'22	'22/II	SD	Δ	Δ	Ø	Δ
Polizei	7.3	7.2	6.9	7.2	7.1	7.6	7.6	7.5	7.7	7.9	7.9	7.9	8.0	7.9	7.8	7.9	7.9	<b>7.8</b>	1.6	-0.1	1.0	7.6	0.2
Wissenschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.6	7.6	7.6	7.7	7.8	7.8	<b>7.7</b>	1.7	-0.1	0.9	7.7	0.0
Gerichte allgemein	7.0	7.0	6.7	6.9	6.6	7.0	7.1	7.0	7.2	7.3	7.4	7.4	7.4	7.4	7.3	7.6	7.6	<b>7.4</b>	1.8	-0.2	0.6	7.2	0.2
Bundesrat	6.3	6.5	6.5	5.9	5.9	6.8	6.7	6.7	7.0	7.0	7.1	7.0	7.1	7.1	7.6	7.3	7.3	<b>7.3</b>	1.9	0.0	0.5	6.8	0.5
Schweizer Wirtschaft	6.7	6.7	6.2	6.4	6.6	6.6	6.6	6.9	6.8	6.7	6.8	6.9	7.0	6.9	7.0	6.9	7.0	<b>6.9</b>	1.7	-0.1	0.1	6.8	0.1
Eidg. Parlament	6.2	6.2	6.2	5.9	5.7	6.2	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.4	6.7	6.8	7.1	6.9	6.8	<b>6.8</b>	1.8	0.0	0.0	6.5	0.3
Armee	6.6	6.5	5.9	6.1	6.0	6.3	6.2	6.4	6.5	6.7	6.8	6.6	6.6	6.7	6.8	6.8	6.7	<b>6.7</b>	2.0	0.0	-0.1	6.5	0.2
Politische Parteien	5.1	5.2	4.9	5.1	4.9	5.1	5.3	5.4	5.3	5.3	5.5	5.4	5.6	5.4	5.5	5.6	5.5	<b>5.6</b>	1.8	+0.1	-1.2	5.3	0.3
Medien	5.1	4.9	4.6	4.9	4.9	5.1	5.3	5.2	5.3	5.1	5.5	5.7	5.8	5.4	5.4	5.5	5.4	<b>5.5</b>	2.0	+0.1	-1.3	5.3	0.2
Mittleres Vertrauen	6.3	6.3	6.0	6.1	6.0	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.7	6.7	6.8	6.7	6.8	6.8	6.8	<b>6.8</b>	1.3	0.0	-	6.5	0.3

\* signifikanter Unterschied, t-test, 5% Irrtumswahrscheinlichkeit  
 SD Standardabweichung  
 VI Institutionen-Vertrauensindex (ohne Wissenschaft)  
 Δ Differenz  
 Ø Durchschnitt

Das Gesamtvertrauen in die acht regelmässig erfragten Behörden und Institutionen ist gegenüber der Januarerhebung unverändert (2022/II: 6.8,  $\pm 0$  im Vergleich zu Januar 2022; siehe Tabelle 2). Damit fällt das Vertrauen im mehrjährigen Vergleich nach wie vor ausgesprochen hoch aus ( $\bar{X}$  2007–2022/II: 6.5, +0.3).<sup>5</sup>

Keine der erfragten Institutionen und Behörden erfährt eine Veränderung im Vergleich zur Erhebung im Januar. Somit wird die Rangliste nach wie vor von der Polizei (7.8,  $-0.1$ ) angeführt, gefolgt von der Wissenschaft (7.7,  $-0.1$ ). Überdurchschnittlich ist auch das Vertrauen in die Gerichte (7.4,  $-0.2$ ), in den Bundesrat (7.3,  $\pm 0$ ) und in die Schweizer Wirtschaft (6.9,  $-0.1$ ). Durchschnittliche Werte erlangen das Eidgenössische Parlament (6.8,  $\pm 0$ ) und die Armee (6.7,  $\pm 0$ ). Die Rangliste wird abgeschlossen von den politischen Parteien (5.6, +0.1) und den Medien (5.5, +0.1).

### Soziodemografische Einflüsse:

Grundsätzlich ist in allen hier untersuchten Bevölkerungsgruppen das Vertrauen in die **Polizei** hoch. In der Deutschschweiz ist das Vertrauen noch etwas höher als in den anderen Sprachregionen (D-CH: 7.9, F-CH/Tessin: 7.6;  $V = 0.14$ ). Vor allem der Unterschied zwischen der Romandie und der Deutschschweiz verläuft sehr ähnlich über die gesamte Messreihe hinweg. Die sonst übliche Differenzierung beim Vertrauen in die Polizei aufgrund der politischen Orientierung zeigt sich in dieser Umfrage nicht.

Beim Vertrauen in die **Wissenschaft** gibt es Unterschiede aufgrund der Bildung und der politischen Orientierung einer Person. Je höher gebildet (hoch: 8.0, mittel: 7.4, tief: 7.0;  $V = 0.18$ ) und je politisch linker (links: 8.3, Mitte: 7.5, rechts: 7.4;  $V = 0.18$ ), desto grösser ist das Vertrauen in die Wissenschaft. Während der Unterschied aufgrund der Bildung in allen sieben Messzeitpunkten, in denen nach dem Vertrauen in die Wissenschaft gefragt wurde, besteht, zeigt sich der Unterschied bei der politischen Orientierung erst seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Aktuell hat sich der Unterschied zwischen Personen aus dem linken politischen Lager und den anderen beiden Orientierungen nochmals akzentuiert.

Den **Gerichten** wurde besonders in den 2000er und 2010er Jahre aufgrund der politischen Orientierung unterschiedlich stark vertraut, wobei politisch links orientierte Personen ein grösseres Vertrauen aufwiesen. Seit wenigen Jahren zeigte sich dieser Unterschied nicht mehr, ausser in der aktuellen Umfrage. Linke vertrauen den Gerichten etwas mehr als Personen aus der politischen Mitte oder rechts davon (links: 7.8, Mitte: 7.4, rechts: 7.3;  $V = 0.14$ ). Seit jeher zeigt sich jedoch, dass das Vertrauen in die Gerichte in Abhängigkeit von der Bildung variiert. So auch in diesem Jahr mit dem Zusammenhang «hohe Bildung und höheres Vertrauen» vs. «tiefe Bildung und tieferes Vertrauen» (tief: 6.9, mittel: 7.2, hoch: 7.7;  $V = 0.17$ ).

Wie in der Januarerhebung steht das Vertrauen in den **Bundesrat** in Zusammenhang mit der politischen Orientierung. Vor allem links orientierte Personen sprechen dem Bundesrat ein höheres Vertrauen aus (links: 7.7, Mitte: 7.3, rechts: 7.2;  $V = 0.13$ ).

Beim **eidgenössischen Parlament** zeigt sich, dass Schweizerinnen und Schweizer, die nicht seit Geburt an die Schweizer Staatsbürgerschaft hatten, ein höheres Vertrauen ins Parlament aufweisen (nicht eingebürgert: 6.7, eingebürgert: 7.4;  $V = 0.23$ ). Seit 2012 im Rahmen der Sicherheitsstudie der Migrationshintergrund erstmals erhoben wurde, besteht dieser Zusammenhang in der Mehrheit der Jahre.

---

<sup>5</sup> Die Werte entsprechen jeweils dem gerundeten Mittelwert der gültigen Antworten, welche anhand einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen») erhoben wurden.

Das Vertrauen in die **Schweizer Wirtschaft** wird mitbestimmt durch das Geschlecht, den Migrationshintergrund und die politische Orientierung einer Person. In den allermeisten Jahren vertrauten Frauen der Wirtschaft weniger als Männer. Dies ist auch aktuell der Fall (Männer: 7.2, Frauen: 6.7;  $V = 0.18$ ). Auch fällt wieder auf, dass eingebürgerte Schweizer und Schweizerinnen der Schweizer Wirtschaft stärker vertrauen. Dieser Unterschied ist in der gegenwärtigen Umfrage besonders deutlich (nicht eingebürgert: 6.8, eingebürgert: 7.6;  $V = 0.23$ ). Deutlich sind jeweils auch die Unterschiede aufgrund der politischen Orientierung, mit einem hohen Vertrauen auf der rechten Seite (7.4), einem mittleren Vertrauen in der politischen Mitte (6.9) und einem tieferen Vertrauen auf der linken Seite (6.6;  $V = 0.16$ ).

Nach wie vor polarisiert das Vertrauen in die **Armee** stark. Unverändert steigt das Vertrauen in die Armee, je weiter rechts sich jemand politisch orientiert (links: 6.0, Mitte: 6.9, rechts: 7.3;  $V = 0.21$ ) und je älter jemand ist (18–34-Jährige: 6.3, 35–49-Jährige: 6.7, 50–64-Jährige: 6.7, ab 65-Jährige: 7.2;  $V = 0.13$ ). Eine höhere Bildung geht eher mit einem tieferen Vertrauen in die Armee (tief: 7.3, mittel: 6.9, hoch: 6.5;  $V = 0.14$ ) einher. Hingegen weisen Schweizerinnen und Schweizer, die nicht seit Geburt die Schweizer Staatsbürgerschaft hatten, ein höheres Vertrauen gegenüber der Armee aus als gebürtige Schweizer und Schweizerinnen (nicht eingebürgert: 6.6, eingebürgert: 7.2;  $V = 0.16$ ).

In den letzten Jahren zeigte sich regelmässig, dass das Vertrauen in die **politischen Parteien** bei Deutschschweizerinnen und Deutschschweizern tendenziell höher ist im Vergleich zu Einwohnerinnen und Einwohnern aus der Romandie. Dies ist auch aktuell der Fall (D-CH: 5.6, F-CH: 5.4, Tessin: 5.1;  $V = 0.14$ ). Im Juni 2022 vertrauen auch Schweizer Bürger und Bürgerinnen, die nicht als Schweizer geboren wurden, den politischen Parteien stärker (nicht eingebürgert: 5.5, eingebürgert: 6.0;  $V = 0.20$ ).

Vergleichsweise stark ist die Polarisierung auch bei den **Medien**. Am auffälligsten ist die Differenzierung aufgrund der politischen Orientierung. Politisch links orientierte Personen vertrauen den Medien deutlich häufiger als Personen aus der politischen Mitte sowie Personen aus der politisch rechten Seite (links: 6.1, Mitte: 5.4, recht: 5.1;  $V = 0.20$ ). Noch nie seit Messbeginn lag der Unterschied zwischen den politischen Orientierungen beim Vertrauen in die Medien so klar auseinander. Beim Alter zeigt sich, dass vor allem Personen ab 65 Jahren den Medien ein grösseres Vertrauen entgegenbringen (18–64-Jährige: 5.4, ab 65-Jährige: 5.7;  $V = 0.15$ ). Ein höheres Vertrauen in die Medien weisen auch Schweizerinnen und Schweizer auf, die nicht als Schweizer geboren wurden (nicht eingebürgert: 5.4, eingebürgert: 5.9;  $V = 0.21$ ).

## 2.5 Gefühl der Ängstlichkeit

Abbildung 4: Gefühl der Ängstlichkeit aufgrund des Krieges in der Ukraine

«Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?»

Angaben in Prozent, gerundet

«Ich bin seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine ängstlicher geworden.»



«Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine ängstlicher geworden.»



- trifft völlig zu
- trifft eher zu
- trifft eher nicht zu
- trifft gar nicht zu
- weiss nicht / keine Angabe

stateapply|si22.5

Wie hat sich der Krieg in der Ukraine auf die Stimmung der Schweizerinnen und Schweizer bisher ausgewirkt? Ein Mittel, um dies herauszufinden, ist die Frage nach dem Gefühl der Ängstlichkeit, einerseits bei den Personen selbst, andererseits im nahen Umfeld der befragten Person. Der Krieg hat das persönliche Ängstlichkeitsgefühl bei gut einem Drittel der Schweizerinnen und Schweizer verstärkt (siehe Abbildung 4). Dies trifft für 6% «sehr» und für 28% «eher» zu. Entsprechend fühlen sich zwei Drittel der Stimmbevölkerung nicht ängstlicher aufgrund des Krieges in der Ukraine. Dies gilt für 35% der Befragten «gar nicht» und für 31% «eher nicht».

Anders sieht es aus, wenn nach der Ängstlichkeit im persönlichen Freundes- und Bekanntenkreis gefragt wird (siehe Abbildung 4). Zwar ist der Anteil derjenigen, die sagen, dass es zutreffend sei, dass das nahe Umfeld «sehr» ängstlicher geworden ist, mit 8% vergleichbar mit der persönlichen Zunahme der Ängstlichkeit. Jedoch sind mit 41% deutlich mehr Personen der Ansicht, dass das nahe soziale Umfeld «eher» ängstlicher geworden ist. Damit hat knapp die Hälfte (49%) der Schweizerinnen und Schweizer das Gefühl, dass Menschen, die ihnen nahestehen, durch den Krieg ängstlicher geworden sind. Ebenfalls bei 49% liegt der Anteil der Personen, welche beim nahen Umfeld keine nennenswerte Veränderung feststellen, wobei der Anteil derjenigen, die gar keine Zunahme der Ängstlichkeit feststellen, mit 19% vergleichsweise tief ist. 30% sagen, es gebe eher keine Zunahme.

Dieselbe Frage nach der Ängstlichkeit im persönlichen Freundes- und Bekanntenkreis wurde bereits im Jahr 2002, fünf Monate nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA, und im Jahr 2003, knapp einen Monat nach dem Ausbruch des Irak-Krieges gestellt. Beide Ereignisse als auch der aktuelle Krieg in der Ukraine werden als Zeitenwende in der Geschichte wahrgenommen. Fünf Monate nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA gaben 40% der Stimmbevölkerung an, dass ihr nahes soziales Umfeld ängstlicher geworden sei (11% «sehr» und 29% «eher»). Etwa einen Monat nach Beginn des Irak-Krieges im Jahr 2003 gaben 39% der Schweizerinnen und Schweizer an, im nahen Umfeld eine erhöhte Ängstlichkeit zu verspüren (11% «sehr» und 28% «eher»). Aktuell, nach knapp vier Monaten nach der russischen Invasion der Ukraine, liegt der Anteil, wie oben beschrieben, bei 49%. Der direkte Vergleich zwischen den drei Ereignissen zeigt eine etwas stärkere Betroffenheit in der Bevölkerung durch den Krieg in der Ukraine als durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 und dem Ausbruch des Irak-Krieges im März 2003.

### **Soziodemografische Einflüsse bei der persönlichen Ängstlichkeit:**

Es sind vor allem Personen ab 65 Jahre, die sich mit einem Anteil von 45% deutlich häufiger ängstlich fühlen als der Rest der Bevölkerung ( $V = 0.17$ ). Erhöht hat sich die Ängstlichkeit besonders auch in der Westschweiz (41%) und dem Tessin (54%, D-CH: 31%;  $V = 0.10$ ).

### **Weitere signifikante Unterschiede bei der persönlichen Ängstlichkeit:**

Viel wichtiger als die soziodemografischen Eigenschaften ist für das persönliche Ängstlichkeitsgefühl die Einschätzung, dass das persönliche nahe Umfeld ängstlicher geworden sei. Zumindest besteht hier eine grosse Überschneidung der Personen, die angeben, dass sowohl sie selbst als auch das soziale Umfeld ängstlicher geworden sind (insgesamt 30% der Befragten). Eine ähnliche Übereinstimmung findet sich bei den Personen, die weder selbst noch im Umfeld eine erhöhte Ängstlichkeit verspüren (45% der Befragten;  $V = 0.49$ ). Nur eine Minderheit von 4% ist hingegen der Ansicht, selbst mehr Angst zu verspüren, jedoch nicht im nahen sozialen Umfeld.

Konsequenterweise führt die Annahme, dass es in Zukunft zu mehr kriegerischen Konflikten in Europa kommen wird, zu einer verstärkten persönlichen Ängstlichkeit ( $V = 0.25$ ). Drei Viertel der Personen, die sich persönlich ängstlicher fühlen, gehen auch von einer Zunahme der kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa aus.

### **Soziodemografische Einflüsse bei der Ängstlichkeit im persönlichen sozialen Umfeld:**

Im Umfeld der Personen ab 50 Jahren hat die Ängstlichkeit aufgrund des Krieges in der Ukraine überdurchschnittlich zugenommen (18–34-Jährige: 43%, 35–49-Jährige: 42%, 50–64-Jährige: 52%, ab 65-Jährige: 58%;  $V = 0.11$ ). Auch im Umfeld von Personen aus der Romandie und dem Tessin ist die Ängstlichkeit seit dem Ausbruch des Krieges verbreiteter (D-CH: 44%, F-CH: 64%, Tessin: 62%;  $V = 0.12$ ). Dasselbe gilt für Schweizerinnen und Schweizer, die selbst nicht als Schweizer oder Schweizerin geboren wurden. Sie berichten mit einem Anteil von 60% häufiger, dass in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis die Ängstlichkeit im Vergleich zu gebürtigen Schweizerinnen und Schweizern zugenommen hat (48%;  $V = 0.15$ ).

### **Weitere signifikante Unterschiede bei der Ängstlichkeit im persönlichen sozialen Umfeld:**

Auch hier bestätigt sich der grosse Zusammenhang zwischen der persönlichen Ängstlichkeit und der wahrgenommenen Ängstlichkeit im nahen sozialen Umfeld ( $V = 0.49$ ). Eine Mehrheit der Personen, die sich selbst als ängstlicher beschreiben, sieht eine Zunahme der Ängstlichkeit im Freundes- und Bekanntenkreis. Nur 20% der Befragten äussern sich gegenteilig, dass also sie selbst nicht ängstlicher geworden sind, aber das Umfeld schon.

Wer zudem selbst das Gefühl hat, dass es in Zukunft zu mehr kriegerischen Konflikten in Europa kommen wird, der verspürt im Freundes- und Bekanntenkreis vermehrt eine Zunahme der Ängstlichkeit aufgrund des Ukrainekrieges ( $V = 0.22$ ).

## 2.6 Szenarien für Europa

Abbildung 5: **Perspektiven hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von kriegerischen Konflikten in Europa**

«Wie sehen Sie die nächste Zeit? Wie sehr sind sie mit den folgenden Aussagen einverstanden?»

Angaben in Prozent, gerundet

«Ich bin optimistisch, dass bald wieder Frieden in Europa einkehrt.»



«Ich habe Angst, dass es in Europa in Zukunft mehr kriegerische Konflikte geben wird.»



- sehr einverstanden      ■ eher nicht einverstanden      □ weiss nicht / keine Angabe
- eher einverstanden      ■ gar nicht einverstanden

futcrs|si22.5

Welche Perspektiven sehen Schweizerinnen und Schweizer hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von kriegerischen Konflikten in Europa? Mit der Aussage «Ich bin optimistisch, dass bald wieder Frieden in Europa einkehrt», wird die Ansicht gemessen, wonach der aktuelle Krieg in der Ukraine sowohl zeitlich als auch örtlich beschränkt bleibt. Die Aussage «Ich habe Angst, dass es in Europa in Zukunft mehr kriegerische Konflikte geben wird» verweist hingegen auf das wahrgenommene Risiko, dass Kriege in Europa in Zukunft in Anzahl und Ausdehnung zunehmen.

Aktuell geht eine Mehrheit von 58% der Schweizer Stimmbevölkerung von einer Ausweitung von kriegerischen Konflikten in Europa aus (siehe Abbildung 5). 45% teilen dieses Szenario «eher», 13% teilen es «sehr». 41% befürchten hingegen nicht, dass der aktuelle Krieg in der Ukraine zu einer Zunahme von Kriegen führen wird. Jede dritte Person teilt diese Angst «eher nicht» und 8% sind «gar nicht» damit einverstanden.

Ebenfalls eine Mehrheit geht davon aus, dass der aktuelle Krieg nicht bald ein Ende finden wird. Zumindest sagen 57% der Schweizerinnen und Schweizer, dass sie nicht optimistisch sind, dass in Europa bald wieder Frieden einkehren wird (siehe Abbildung 5). 49% teilen diese Hoffnung «eher nicht» und 8% teilen sie «gar nicht». An eine raschere Friedenslösung glauben 42% der Befragten, zusammengesetzt aus 32% «eher» optimistisch und 10% «sehr» optimistisch.

Werden die zwei Szenarien für die zukünftige Entwicklung von Kriegen in Europa zusammen betrachtet, so zeigen sich 43% der Stimmbevölkerung pessimistisch hinsichtlich einer schnellen Rückkehr zum Frieden in Europa und gehen dabei von einer gewissen Zunahme von kriegerischen Konflikten aus. Etwa 15% der Befragten sehen zwar keine rasche Rückkehr zum Frieden, fürchten sich jedoch nicht vor einer allgemeinen Zunahme von Kriegen in Europa. 27% gehen von einer baldigen Befriedung auf dem europäischen Kontinent aus und sehen entsprechend keinen Anlass, sich vor einer Zunahme von Kriegen zu fürchten. Wiederrum 15% geben keine gefestigte Haltung wider, indem sie sich zwar vor einer Zunahme von Kriegen fürchten, jedoch optimistisch sind, dass in Europa bald wieder Frieden einkehrt.

### **Soziodemografische Einflüsse beim Szenario «bald wieder Frieden in Europa»:**

Die Bildung einer Person steht in Zusammenhang damit, für wie wahrscheinlich ein baldiger Frieden in Europa eingeschätzt wird. Vor allem Personen mit einem hohen Bildungsniveau

sind weniger optimistisch eingestellt (tief: 40%, mittel: 47%, hoch: 38%;  $V = 0.10$ ). Etwas weniger verbreitet ist der Optimismus in Hinblick auf einen baldigen Frieden in Europa auch bei gebürtigen Schweizern und Schweizerinnen im Vergleich zu eingebürgerten Personen (eingebürgert: 47%, nicht eingebürgert: 41%,  $V = 0.10$ ).

**Weitere signifikante Unterschiede beim Szenario «bald wieder Frieden in Europa»:**

Wie oben beschrieben besteht der stärkste Zusammenhang zwischen einer optimistischen Sicht auf einen baldigen Frieden in Europa mit einer geringen Furcht vor einer Ausdehnung von kriegerischen Konflikten ( $V = 0.31$ ). Daneben zeigt sich auch, dass wer die zukünftige Entwicklung der Schweiz ( $V = 0.20$ ) sowie die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage ( $V = 0.23$ ) grundsätzlich positiv sieht, vermehrt dazu neigt, eine rasche Rückkehr zum Frieden zu erwarten.

**Soziodemografische Einflüsse beim Szenario «in Zukunft mehr kriegerische Konflikte in Europa»:**

Bei den soziodemografischen Variablen zeigt sich einzig beim Geschlecht ein Unterschied. Frauen gehen zurzeit häufiger als Männer davon aus, dass es in Zukunft zu einer Ausweitung der kriegerischen Konflikte innerhalb Europas kommen wird (Frauen: 63%, Männer: 51%;  $V = 0.16$ ).

**Weitere signifikante Unterschiede beim Szenario «in Zukunft mehr kriegerische Konflikte in Europa»:**

Neben einer optimistischen Haltung gegenüber einer raschen Rückkehr zum Frieden in Europa ( $V = 0.31$ ) führt auch eine optimistische Zukunftsperspektive der weltpolitischen Lage dazu, dass eine Ausdehnung des Krieges in Europa als unwahrscheinlicher wahrgenommen wird ( $V = 0.18$ ). Hingegen besteht die Tendenz, wenn die befragte Person selbst ( $V = 0.25$ ) oder das persönliche Umfeld ( $V = 0.22$ ) ängstlicher geworden ist, dass eine Zunahme an kriegerischen Konflikten in Europa als wahrscheinlicher eingestuft wird.

## 3 Aussen- und Sicherheitspolitik

### 3.1 Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen

Aus Sicht der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stellt sich die Frage: Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Wird eine umfassende politische und wirtschaftliche Autonomie der Schweiz oder eine sich politisch öffnende Schweiz, die sich verstärkt international engagiert, befürwortet? Das vorliegende Kapitel befasst sich mit den Einstellungen der Schweizer Bevölkerung gegenüber aussen- und sicherheitspolitischen Fragen. Dabei werden harte und weiche Kooperationsformen sowie Formen der nationalen und militärischen Autonomie diskutiert.

Auch im Juni 2022 wird das internationale und humanitäre Engagement ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen der Schweiz, die sogenannte «weiche Kooperation», seitens des Schweizer Elektors deutlich unterstützt (siehe Abbildung 6). 78% (+3 Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer sprechen sich für eine verstärkte Vermittlung in Konflikten aus und 68% (+2 Pp) teilen die Auffassung, dass die Schweiz verstärkt Entwicklungshilfe leisten sollte. Beide Einstellungen liegen damit leicht über dem Zehnjahresdurchschnitt ( $\emptyset$  vermehrte Konfliktvermittlung: 74%;  $\emptyset$  verstärkte Entwicklungshilfe: 64%). Die Zustimmung zu beiden Variablen hat sich seit Januar 2022 statistisch gesehen jedoch nicht verändert und ist somit gleichgeblieben. Entsprechend hat die russische Invasion der Ukraine die Zustimmungswerte nicht beeinflusst.

#### Soziodemografische Einflüsse<sup>6</sup>:

Schweizer stimmen der Aussage, dass die Schweiz in Konflikten mehr vermitteln soll, eher zu als Schweizerinnen (Männer: 82%, Frauen: 74%;  $V = 0.13^7$ ). Dennoch wird die Aussage von beiden Geschlechtern deutlich befürwortet. Eine prominentere Rolle als Konfliktvermittlerin wünschen sich auch häufiger Personen mit einer höheren Bildung (tief: 60%, mittel: 76%, hoch: 82%;  $V = 0.11$ ) Die Zustimmungen zum vermehrten Vermitteln in Konflikten (links: 87%, Mitte: 76%, rechts: 73%;  $V = 0.12$ ) und zur verstärkten Entwicklungshilfe (links: 83%, Mitte: 72%, rechts: 54%;  $V = 0.23$ ) sind beide abhängig von der politischen Einstellung. Grundsätzlich werden aber beide Variablen von Personen aller politischen Einstellungen befürwortet. Es zeigt sich jedoch, dass die Zustimmung steigt, je weiter links die politische Selbsteinschätzung einer Person ist. Traditionsgemäss wird ein Ausbau der Entwicklungshilfe in der Romandie stärker befürwortet als in der Deutschschweiz (W-CH: 81%, D-CH: 65%, Tessin: 67%;  $V = 0.12$ ). Ebenfalls mehr Zustimmung zur Entwicklungshilfe lässt sich bei Schweizerinnen und Schweizern finden, die nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft seit Geburt besitzen (nicht eingebürgert: 82%, eingebürgert: 66%;  $V = 0.14$ ). Schliesslich ist die Befürwortung eines Ausbaus der Entwicklungshilfe in der jüngsten Generation am grössten (18–34-Jährige: 77%, 35–49-Jährige: 69%, 50–64-Jährige: 65%, ab 65-Jährige: 63%;  $V = 0.10$ ).

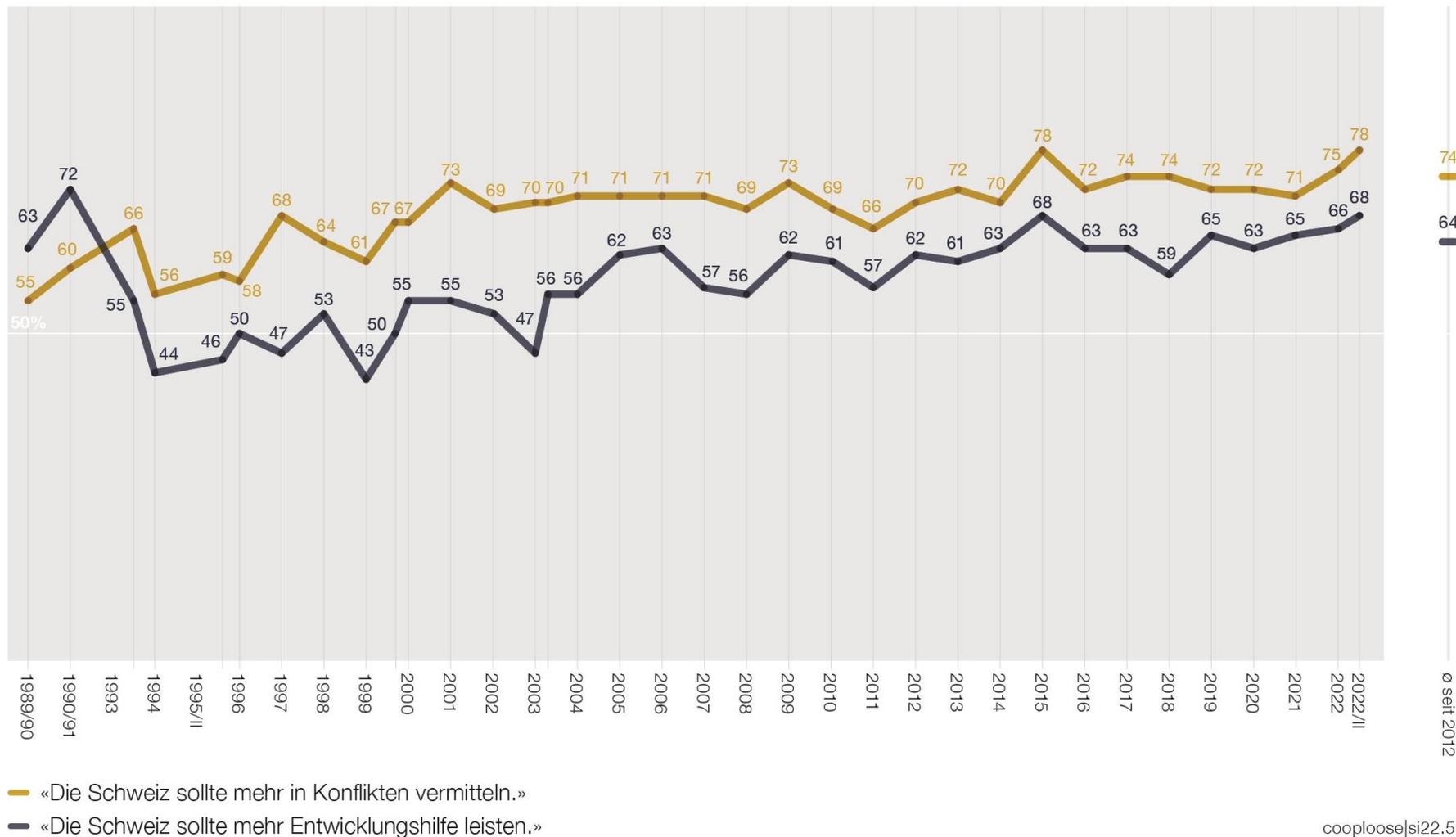
<sup>6</sup> Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

<sup>7</sup> Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1,  $V = 0.1$  kleiner Effekt,  $V = 0.3$  mittlerer Effekt,  $V = 0.5$  grosser Effekt.

Abbildung 6: Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen («weiche» Kooperation)

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



### **Weitere signifikante Unterschiede<sup>8</sup>:**

Schweizerinnen und Schweizer, die befürworten, dass die Schweiz vermehrt in Konflikten vermitteln sollte, befürworten tendenziell ebenfalls stärker, dass sich die Schweiz für Anliegen der UNO einsetzen soll ( $V = 0.23$ ). Zudem sind diese Personen eher der Meinung, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität in Konflikten vermitteln und «Gute Dienste» leisten kann ( $V = 0.25$ ). Ebenfalls ein klarer Zusammenhang besteht zwischen Personen, welche eine aktive Vermittlerrolle wünschen und Personen, die mehr Entwicklungshilfe unterstützen ( $V = 0.18$ ).

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche einer Erhöhung der Entwicklungshilfe zustimmen, stimmen ebenfalls eher den beiden UNO-Variablen zu (Einsatz für UNO-Anliegen:  $V = 0.23$ ; Friedenstruppen für die UNO:  $V = 0.20$ ). Wer sich jedoch tendenziell unsicher fühlt ( $V = 0.13$ ) und die Zukunft der Schweiz mit Pessimismus betrachtet ( $V = 0.16$ ), ist seltener bereit, mehr Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

## **3.2 Schweizer Beteiligung innerhalb der UNO**

Seit dem UNO-Beitritt der Schweiz 2002 sind Schweizerinnen und Schweizer gegenüber einer verstärkten Beteiligung der Schweiz innerhalb der UNO positiv eingestellt (siehe Abbildung 7). Die Zustimmung zur Ansicht, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen sollte, liegt im Juni 2022 bei 58% (–4 Prozentpunkte). Die Zustimmung der Schweizerinnen und Schweizer zur aktiven Kooperation mit der UNO hat sich im Vergleich zum Januar 2022 statistisch gesehen nicht verändert und liegt unter dem langjährigen Durchschnitt ( $\emptyset$  2012 – 2022) von 62%. Es scheint somit, dass die Zustimmung der Schweizer Stimmbevölkerung betreffend UNO Anliegen nicht durch den Krieg in der Ukraine beeinflusst wurde.

Im Juni 2022 ist die Zustimmung, dass die Schweiz der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte, gegenüber Januar 2022 unverändert geblieben. Das Anliegen wird nach wie vor von einer knappen Mehrheit (56%, +1 Prozentpunkt) der Schweizerinnen und Schweizer unterstützt und bewegt sich im Zehnjahresdurchschnitt ( $\emptyset$ : 56%).

### **Soziodemografische Einflüsse:**

Die Aussage, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen soll, ist abhängig von der politischen Selbstverortung der Befragten. Je weiter sich Schweizerinnen und Schweizer selbst als links einschätzen, desto grösser ist die Zustimmung zur Aussage (links: 74%, Mitte: 59%, rechts: 46%;  $V = 0.22$ ). Personen, die sich der politischen Linken oder der Mitte zugehörig fühlen, stimmen der Aussage deutlich zu. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die sich als politisch rechts einordnen, lehnen die Aussage knapp ab. Grösser ist die Unterstützung für die Anliegen der UNO bei der ältesten Generation (18–64-Jährige: 57%, ab 65-Jährige: 67%;  $V = 0.14$ ).

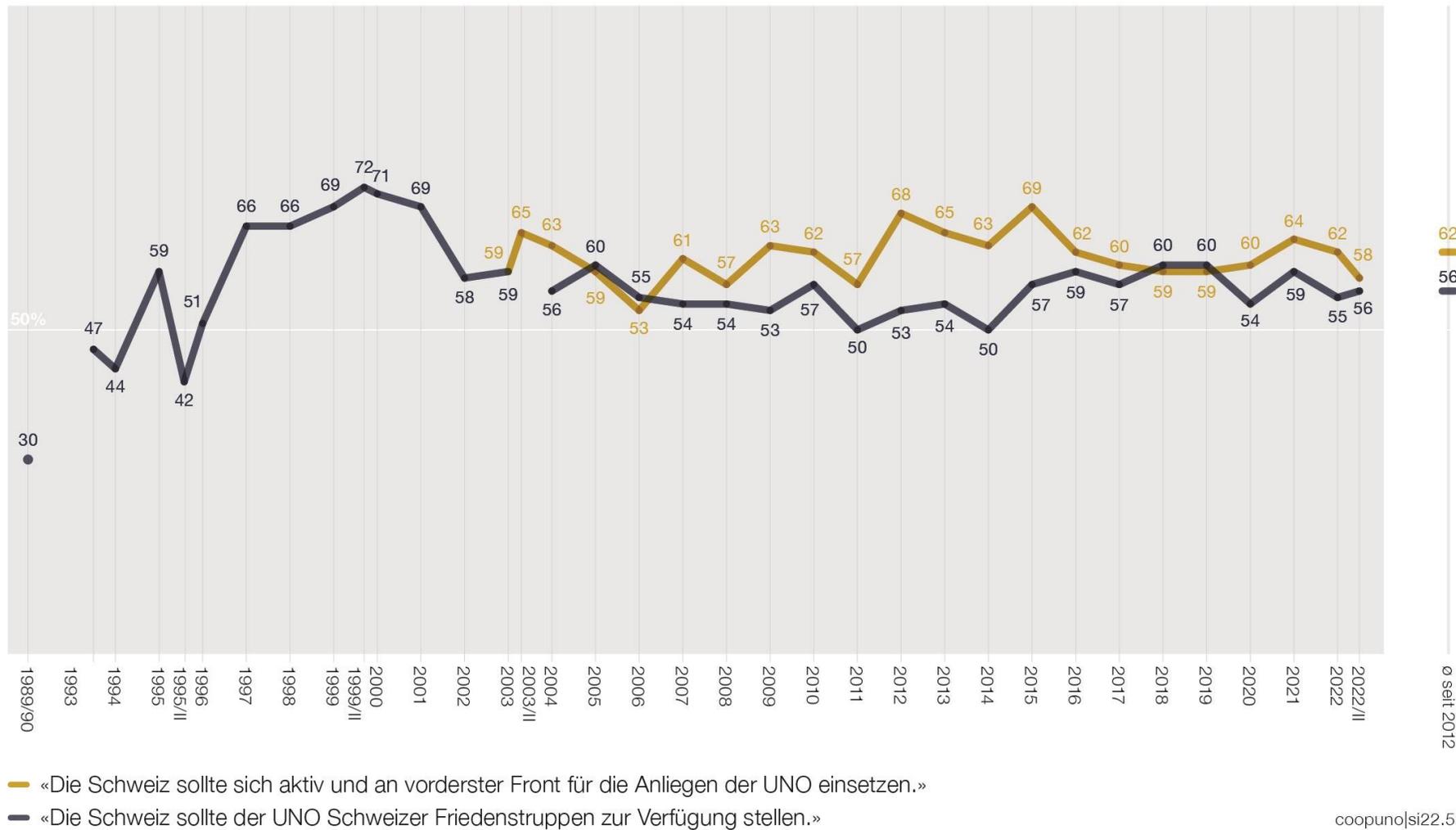
---

<sup>8</sup> Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Abbildung 7: **Einstellungen zur UNO**

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.  
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Die Befürwortung, dass die Schweiz der UNO Friedenstruppen zur Verfügung stellen soll, ist grösser, je weiter links sich eine Person selbst einordnet (links: 69%, Mitte: 57%, rechts: 47%;  $V = 0.17$ ). Befragte, die sich links oder der Mitte zugehörig fühlen, stimmen der Aussage zu. Hingegen sind sich Personen, die sich als rechts bezeichnen bezüglich der Aussage uneinig. Auch bei den Schweizer Friedenstruppen zugunsten der UNO ist die Zustimmung zudem in der ältesten Generation am höchsten (18–64-Jährige: 57%, ab 65-Jährige: 61%;  $V = 0.10$ ). Dasselbe gilt für Schweizerinnen und Schweizer, die nicht von Geburt an das Schweizer Bürgerrecht haben (eingebürgert: 56%, nicht eingebürgert: 67%;  $V = 0.10$ ).

#### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Personen, die der Aussage zustimmen, dass sich die Schweiz an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen soll, sind sicherheitspolitischen Allianzen der Schweiz mit anderen Staaten positiver gesinnt (Annäherung an die NATO:  $V = 0.33$ ; Europäisches Sicherheitsbündnis:  $V = 0.25$ ). Konsequenterweise befürworteten Personen, welche fordern, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll, ein Schweizer Engagement zugunsten der UNO weniger häufig ( $V = 0.22$ ).

Weiter zeigt sich, dass Schweizerinnen und Schweizer, welche mehr Entwicklungshilfe ( $V = 0.23$ ) und mehr Konfliktvermittlung ( $V = 0.23$ ) von Seiten der Schweiz fordern, einem engagierten Einsatz zugunsten der UNO eher zustimmen. Stimmberechtigte, die Schweizer Friedenstruppen für die UNO befürworten, unterstützen ebenfalls eher eine Annäherung an die NATO ( $V = 0.29$ ) und einen NATO-Beitritt der Schweiz ( $V = 0.27$ ). Klar ist die starke Übereinstimmung von Personen, welche sich eine engagierte Schweiz zugunsten der UNO wünschen und der Bereitschaft, Friedenstruppen im Auftrag der UNO zur Verfügung zu stellen ( $V = 0.30$ ), sowie der Zustimmung zu vermehrter Entwicklungshilfe ( $V = 0.20$ ).

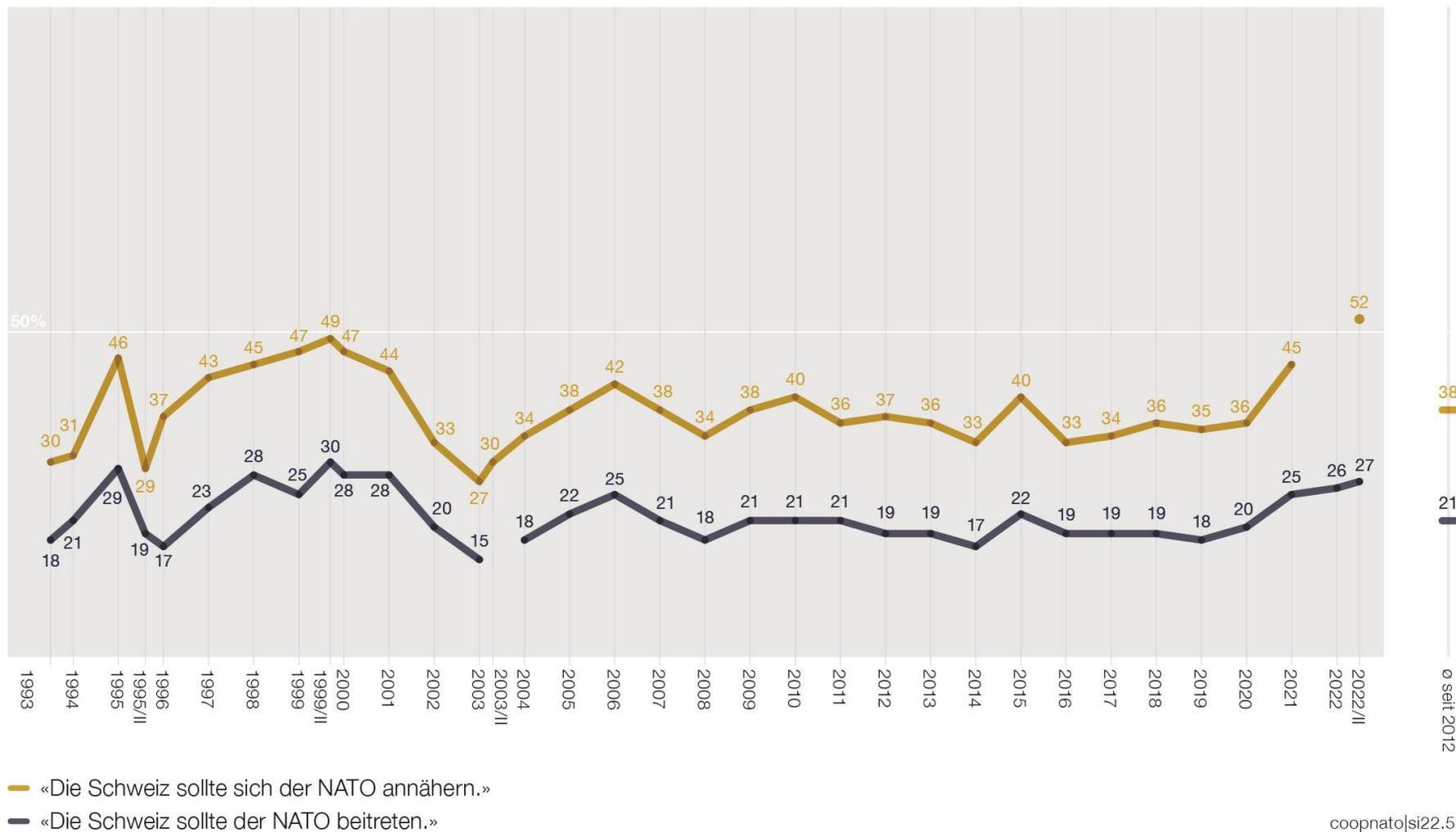
### **3.3 Zustimmungen zur NATO-Annäherung und zum NATO-Beitritt**

Unverändert wird ein Beitritt der Schweiz zur NATO von einer Minderheit (27%, +1 Prozentpunkt) der Befragten gefordert (siehe Abbildung 8). Der aktuelle Wert liegt aber deutlich über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 21%. Eine Annäherung der Schweiz an die NATO befürworten hingegen neu 52% (+7 Pp gegenüber Januar 2021) der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (siehe Abbildung 8). Im Vergleich zum Januar 2021, als diese Frage das letzte Mal gestellt wurde, hat sich die Zustimmung erhöht und befindet sich deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 38%. Schon 2021 liess sich ein signifikanter Anstieg in der Zustimmung zu 2020 erkennen (+9 Pp). Folglich kann der Anstieg in der Zustimmung zur NATO-Annäherung im Juni 2022 verglichen mit Januar 2021 nicht zwingend alleine auf die russische Invasion der Ukraine zurückgeführt werden. Es könnte sich bei dem Anstieg auch um einen längerfristigen Trend infolge der geopolitischen Unsicherheiten handeln.

Abbildung 8: **Einstellungen zur NATO**

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.  
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



coopnato|si22.5

### **Soziodemografische Einflüsse:**

Die Zustimmung zu einem NATO-Beitritt ist abhängig von der politischen Selbstverortung. Obwohl Befragte jeder politischen Ausrichtung einen NATO-Beitritt der Schweiz deutlich ablehnen, ist die Befürwortung grösser, je weiter sich eine Person links verortet (links: 36%, Mitte: 26%, rechts: 22%;  $V = 0.13$ ). Beim Alter zeigt sich, dass am stärksten Personen aus der ältesten Generation einem NATO-Beitritt zustimmen ( $V = 0.14$ ). Mit einem Anteil von 37% ist dies mehr als jede und jeder Dritte. Dies ist eine sehr hohe Zustimmung im langjährigen Vergleich in dieser Altersgruppe.

Bei der Zustimmung zur Annäherung an die NATO zeigen sich signifikante Unterschiede in den Alterskohorten. Personen, die 65 Jahre oder älter sind, stimmen der Aussage deutlich zu, hingegen wird eine Annäherung an die NATO von Befragten im Alter zwischen 35–49 Jahren eher abgelehnt. Die Kohorte der jungen Erwachsenen und die Gruppe von 50 bis 64-Jährige sind in dieser Frage gespalten (18–34-Jährige: 48%, 35–49-Jährige: 43%, 50–64-Jährige: 51%, 65+ Jahre: 64%;  $V = 0.10$ ). Auffällig ist hier besonders die älteste Generation, welche den grössten Zustimmungszuwachs seit Januar 2021 aufweist.

Zudem zeigt sich, dass der Annäherung an die NATO eher zugestimmt wird, je weiter links sich eine Person einordnet (links: 60%, Mitte: 54%, rechts: 44%;  $V = 0.13$ ). Personen, die sich der politischen Linken zuordnen, stimmen der Annäherung an die NATO klar zu. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche sich der politischen Mitte zugehörig fühlen, befürworten eine Annäherung an die NATO knapp. Hingegen lehnen Befragte, die sich als rechts einstufen, die Aussage ab. Auffällig ist trotzdem, wie die Befürwortung einer NATO-Annäherung in allen politischen Lagern zugenommen hat. Seit Januar 2021 haben indes die links orientierten Personen am meisten Zustimmung dazugewonnen.

Zudem sind Deutschschweizer und Deutschschweizerinnen eher bereit, sich der NATO anzunähern als Personen aus der übrigen Schweiz (D-CH: 54%, F-CH: 48%, Tessin: 33%;  $V = 0.11$ ).

### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Personen, die einen Beitritt der Schweiz zur NATO befürworten, stimmen tendenziell eher den Aussagen zu, dass die Schweiz in einem Verteidigungsbündnis mit der EU besser geschützt wäre als durch die Neutralität ( $V = 0.36$ ) sowie, dass die Schweiz ihre Neutralität aufgeben sollte, falls diese keine Vorteile mehr bringt ( $V = 0.25$ ). Zudem ist die Akzeptanz eines NATO-Beitritts grösser bei Personen, die nicht prinzipiell an der Neutralität festhalten möchten ( $V = 0.24$ ) sowie bei Personen, die nicht besonders an die Solidaritätsfunktion der Neutralität glauben ( $V = 0.16$ ). Auch, wer der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen will, willigt einem NATO-Beitritt eher zu ( $V = 0.27$ ).

Am grössten ist der Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach einer NATO-Annäherung und einem NATO-Beitritt ( $V = 0.47$ ). Insgesamt unterstützt ein Viertel der Stimmbevölkerung (26%) zwar eine NATO-Annäherung, jedoch keinen NATO-Beitritt. Gleich gross (27%) ist der Anteil an Schweizerinnen und Schweizern, die sich sowohl eine Annäherung als auch einen Beitritt wünschen. Kurz: Die Hälfte der Personen, die sich der NATO annähern möchten, wünscht sich eigentlich auch einen Beitritt.

Verbunden mit einer stärkeren Ablehnung einer NATO-Annäherung ist der Wunsch, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll ( $V = 0.29$ ). Wer hingegen die Überzeugung teilt, dass die Teilnahme an einer europäischen Sicherheitsallianz besser sei für die Schweiz als die Beibehaltung der Neutralität ( $V = 0.37$ ), und wer zustimmt, dass die Schweiz sich an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen ( $V = 0.33$ ) und auch UNO-Friedenstruppen entsenden soll ( $V = 0.29$ ), der ist eher bereit, sich der NATO anzunähern. Die Ansicht, dass die auferlegten Sanktionen gegenüber Russland nicht mit der Schweizer Neutralität vereinbar sind, führen zu einer geringeren Bereitschaft, sich der NATO anzunähern ( $V = 0.28$ ).

### 3.4 Militärische und nationale Autonomie

Gegenüber Januar 2022 bleibt die Zustimmung im Juni (38%, –3 Prozentpunkte) zur militärischen Autonomie – in dem Sinne, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen sollte – unverändert. Die Zustimmung der nationalen Autonomie ist im Vergleich zum Januar 2022 gestiegen (siehe Abbildung 9). Im Juni 2022 stimmen 33% (+4 Pp) der Ansicht zu, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten sollte. Beide Zustimmungswerte liegen unter dem Zehnjahresdurchschnitt von 46% (militärische Autonomie) respektive 34% (nationale Autonomie).

#### Soziodemografische Einflüsse:

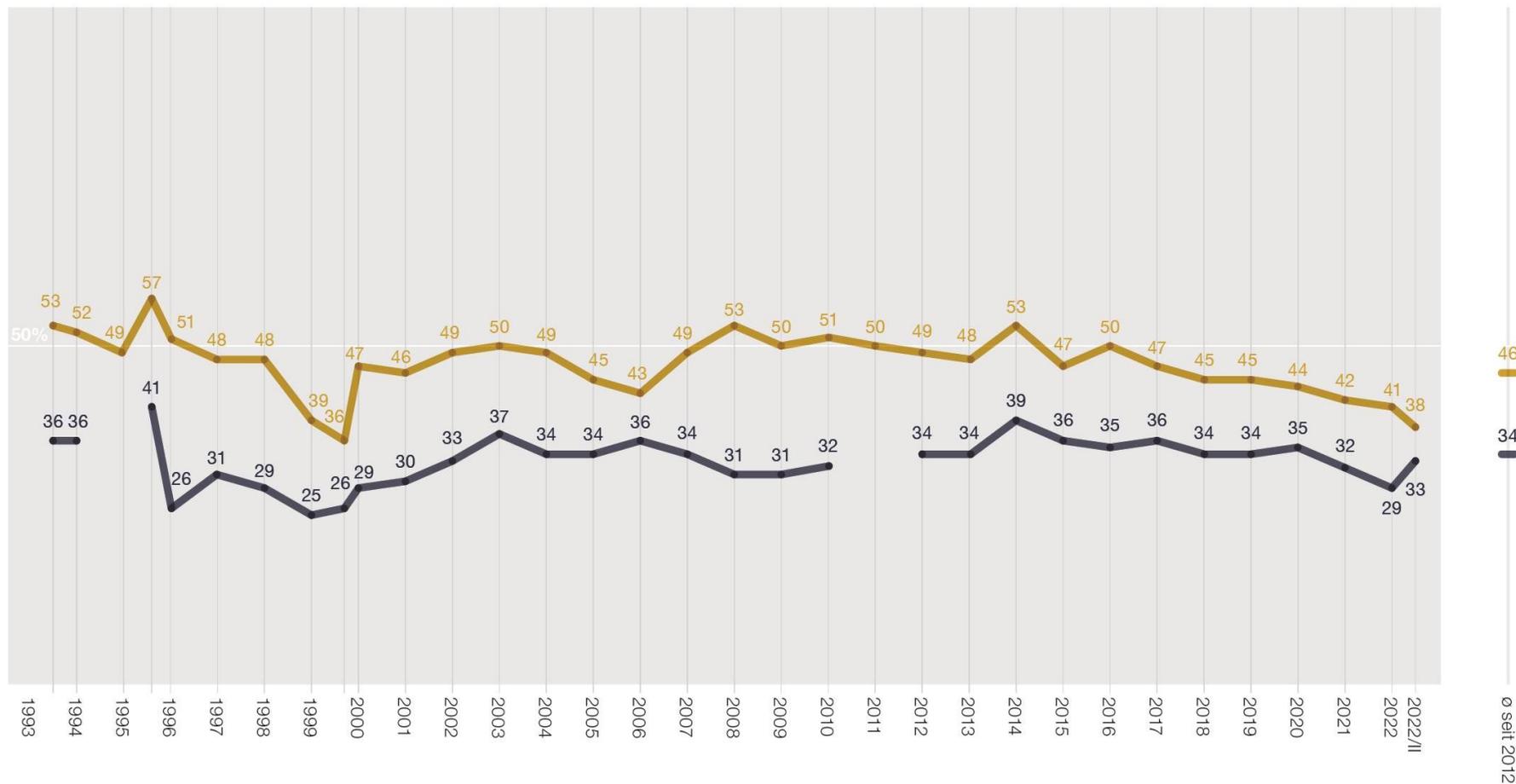
Die Zustimmung zu beiden Aussagen ist abhängig vom Bildungsniveau und der politischen Einstellung der Befragten. Je tiefer eine Person gebildet und je weiter eine Person sich rechts einstuft, desto eher wird der Aussage zugestimmt, wonach die Schweiz sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll (Bildungsniveau: tief: 60%, mittel: 44%, hoch: 30%;  $V = 0.17$  / politische Einstellung: links: 21%, Mitte: 40%; rechts: 51%;  $V = 0.23$ ). Einzig Personen mit tiefer Bildung sind mehrheitlich der Meinung, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll. Befragte, die sich selbst als rechts einstufen, sind bei der Zustimmung gespalten. Schweizerinnen und Schweizer mit mittlerer oder hoher Bildung, sowie Befragte die sich politisch links oder der Mitte zuordnen, lehnen die Aussage klar ab. Eine mehrheitliche Zustimmung findet sich bei den Befragten im Tessin (D-CH: 37%, W-CH: 39, Tessin: 64%;  $V = 0.12$ )

Eine ähnliche Korrelation zeigt sich bei der Zustimmung zur Aussage, wonach die Schweiz sich von Bündnissen mit anderen Staaten fernhalten sollte. Je tiefer eine Person gebildet ist, desto eher wird der Aussage zugestimmt (tief: 51%, mittel: 40%, hoch: 25%;  $V = 0.18$ ). Personen mit tiefer Bildung sind bei der Zustimmung gespalten. Hingegen lehnen Befragte mit mittlerer oder hoher Bildung die Aussage klar ab. Zudem zeigt sich, dass je weiter sich eine Person selbst rechts einschätzt, desto eher befürwortet sie die Aussage (links: 16%, Mitte: 34%, rechts: 48%;  $V = 0.25$ ). Personen, die sich der politischen Linken oder der politischen Mitte zuordnen, lehnen die Aussage deutlich ab. Personen, die sich der Rechten zuordnen sind bei der Aussage unentschlossen. Bei den Sprachregionen zeigt sich einzig im Tessin eine mehrheitliche Zustimmung, während in der Romandie eine Schweiz ohne Bündnisse und Zusammenschlüsse am wenigsten befürwortet wird (D-CH: 35%, F-CH: 25%, Tessin: 59%;  $V = 0.11$ ).

Abbildung 9: Indikatoren zur Betonung nationaler Autonomie

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.»

— «Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.»

coopally|si22.5

**Weitere signifikante Unterschiede:**

Schweizerinnen und Schweizer, die der Überzeugung sind, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird, unterstützen die militärische Autonomie am stärksten ( $V = 0.29$ ). Höher fällt die Zustimmung auch aus bei Personen, welche die Neutralität eng mit dem Schweizer Staatsgedanken verknüpft sehen ( $V = 0.20$ ). Anders sieht es hingegen aus, wenn eine NATO-Annäherung befürwortet wird ( $V = 0.29$ ), oder wenn man UNO-Friedenstruppen entsenden möchte ( $V = 0.23$ ). In beiden Fällen sinkt die Zustimmung zur militärischen Autonomie.

Eine hohe Zufriedenheit mit der Leistung der Armee ( $V = 0.21$ ) und ein grosses Vertrauen in die Armee ( $V = 0.16$ ) gehen einher mit einer stärkeren Forderung nach militärischer Autonomie. Zuletzt zeigt sich, dass Personen, die es richtig finden, dass die Schweiz die Sanktionen gegen Russland mitträgt, deutlich seltener der Ansicht sind, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung beschränken soll ( $V = 0.29$ ).

Wer wiederum fordert, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll ( $V = 0.32$ ), und wer überzeugt ist, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingerät (sicherheitspolitische Funktion:  $V = 0.24$ ), der unterstützt das Anliegen stärker, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen fernhalten soll. Will eine Person tendenziell nicht an der Neutralität festhalten, so sinkt hingegen die Befürwortung dieser Form von nationaler Autonomie ( $V = 0.20$ ). Dasselbe gilt für Schweizerinnen und Schweizer, welche fordern, dass sich die Schweiz für die Anliegen der UNO engagieren soll ( $V = 0.22$ ), sowie für Personen, welche eine europäische Sicherheitsallianz der Neutralität vorziehen ( $V = 0.20$ ).

In Bezug auf die aktuellen Sanktionen gegenüber Russland zeigt sich, dass eine Ablehnung dieser Sanktionen stärker mit dem Wunsch nach nationaler Autonomie ( $V = 0.26$ ) einhergeht. Insbesondere Personen, welche der Ansicht sind, dass die Schweiz aufgrund dieser Sanktionen keine Vermittlerrolle mehr einnehmen kann, stimmen der nationalen Autonomie häufiger zu ( $V = 0.19$ ).

## 4 Neutralität

### 4.1 Neutralitätsprinzip und differenzielle Neutralität

Der Krieg in der Ukraine hat vermehrt zu Debatten über den Stellenwert der Neutralität in der Schweizer Medienlandschaft geführt. Aktiv wurde zum Beispiel diskutiert, in wieweit das Mittragen von Sanktionen oder das Liefern von Dual-Use-Gütern (Güter, welche sowohl zivil wie auch militärisch verwendbar sind) zur Unterstützung der ukrainischen Zivilbevölkerung mit der Schweizer Neutralität vereinbar wäre.<sup>9</sup> Die Schweizer Neutralität wurde im Spannungsfeld zwischen der Verpflichtung zu humanitärer Hilfe, dem Anbieten von Vermittlungen und der Nicht-Stellungnahme für eine der beiden Kriegsparteien diskutiert.

Selten zuvor wurde, ausgelöst durch einen Krieg, die Neutralität als Selbstverständlichkeit von einer grösseren Gruppe von Schweizerinnen und Schweizern kritisch hinterfragt. Diese kritischere Haltung einiger Stimmbürger und -bürgerinnen spiegelt sich im abrupten Rückgang der Zustimmung zur Beibehaltung der Neutralität wider.

#### Neutralitätsprinzip

Die Beibehaltung der Neutralität wird Mitte 2022 nach wie vor von einer klaren Mehrheit befürwortet (siehe Abbildung 10). Gegenüber der Befragung im Januar sprechen sich jedoch mit 89% (–8 Prozentpunkte) insgesamt signifikant weniger Schweizerinnen und Schweizer dafür aus. Nur 57% (–14 Pp) sind sehr einverstanden, dass die Schweiz ihre Neutralität beibehalten sollte und 32% (+6 Pp) sind eher einverstanden damit. Diese Auffassung liegt Mitte 2022 deutlich unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (Ø: 95%) und bewegt sich auf dem Niveau von 2006 und früheren Jahren.

#### Soziodemografische Einflüsse<sup>10</sup>:

Bis Mitte der 2000er Jahre bestand bezüglich der Beibehaltung der Schweizer Neutralität ein signifikanter Unterschied zwischen der französisch- und deutschsprachigen Schweiz sowie dem Alter, wobei der Anteil jener Befragten, welche sich für die Beibehaltung der Neutralität aussprachen, in der Deutschschweiz stets höher war als in der Westschweiz bzw. je älter die Befragten waren, desto stärker sprachen sich diese für die Beibehaltung der Neutralität aus. Diese Unterschiede lassen sich in den letzten 10 Jahren statistisch nicht mehr nachweisen und die Haltung gegenüber der Beibehaltung der Neutralität ist in beiden Sprachregionen sowie in allen Altersgruppen mit ähnlicher Ausprägung vertreten.

---

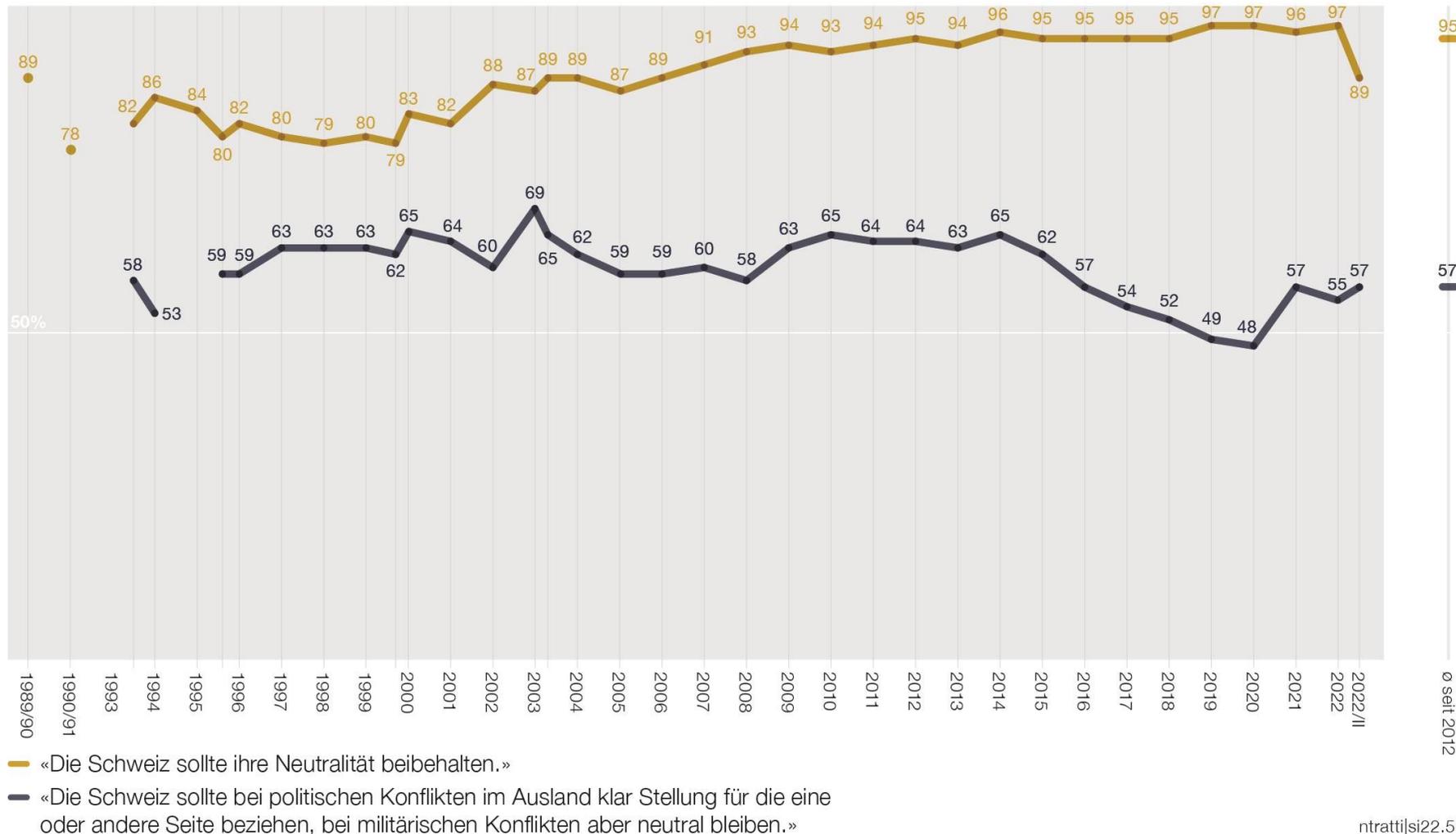
<sup>9</sup> Guldimann, Alice (2022). *Helme und Schutzwesten: Spenden aus der Schweiz wegen Sanktionen nicht möglich*. Tagblatt. 02.03.2022. <https://www.tagblatt.ch/news-service/inland-schweiz/ukraine-krieg-helme-und-schutzwesten-spenden-aus-der-schweiz-wegen-sanktionen-nicht-moeglich-ld.2257864>

<sup>10</sup> Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

Abbildung 10: **Verschiedene Einstellungen zur Neutralität**

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Ergebnisse der Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022»

Signifikante Unterschiede lassen sich in Bezug auf das Bildungsniveau sowie der politischen Einstellung feststellen. Befragte mit hoher Bildung sprechen sich seltener für die Beibehaltung der Neutralität aus, als jene Befragte mit tiefer Bildung (tief: 97%, mittel: 92%, hoch: 86%;  $V = 0.10^{11}$ ). Wie bereits in den Vorjahren stehen Schweizer und Schweizerinnen mit einer politisch linken Einstellung der Beibehaltung der Neutralität signifikant kritischer gegenüber, als die Befragten, welche sich der politischen Mitte oder Rechten zuordnen (links: 83%, Mitte: 91%, rechts: 93%;  $V = 0.16$ ).

#### **Weitere signifikante Unterschiede<sup>12</sup>:**

Die Einstellung gegenüber dem Neutralitätsprinzip korreliert mit der Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber einem Beitritt zur NATO. Je grösser die Zustimmung für einen NATO-Beitritt ist, desto geringer fällt die Zustimmung zur Neutralität aus ( $V = 0.24$ ).

#### **Differenzielle Neutralität**

Unverändert ist die Einstellung gegenüber der «differenziellen Neutralität», welche eine klare Stellungnahme bei politischen Konflikten im Ausland fordert und Neutralität bei militärischen Konflikten verlangt (siehe Abbildung 10). Mitte 2022 befürworten 57% (+2 Pp) der Befragten die «differenzielle Neutralität». Dieser Wert entspricht genau dem Zehnjahresdurchschnitt.

#### **Soziodemografische Einflüsse:**

Bei der differenziellen Interpretation der Neutralität zeigen sich Unterschiede zwischen den Sprachregionen und den verschiedenen Alterskategorien. Während Befragte aus der Deutschschweiz und dem Tessin dieser Auffassung mehrheitlich zustimmen, wird sie von Befragten aus der Westschweiz knapp abgelehnt (D-CH: 59%, F-CH: 47%, Tessin: 64%;  $V = 0.11$ ). Die differenzielle Neutralität hatte bereits in allen Vorjahren immer eine tiefere Zustimmungsrate in der Westschweiz als in der Deutschschweiz. Dieser Unterschied war in den vergangenen Jahren teils noch stärker ausgeprägt. Ältere Personen stimmen der differenziellen Neutralität häufiger zu als jüngere, wobei ab 50-Jährige dieser mehrheitlich zustimmen, während unter 50-Jährige eher eine ablehnende Haltung zeigen (18–34-Jährige: 46%, 35–49-Jährige: 46%, 50–64-Jährige: 62%, ab 65-Jährige: 69%;  $V = 0.15$ ).

#### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Befragte, welche die differenzielle Neutralität befürworten, unterstützen auch ein verstärktes Engagement für die Anliegen der UNO häufiger ( $V = 0.19$ ) und sind eher bereit, der UNO Truppen zur Verfügung zu stellen ( $V = 0.18$ ).

## **4.2 Solidaritäts- und Identifikationsfunktion der Neutralität**

Im Vergleich zur Befragung im Januar 2022 sind die Einstellungen gegenüber der Solidaritäts- und Identifikationsfunktion der Neutralität in der Mitte des Jahres statistisch signifikant gesunken, erfahren jedoch nach wie vor von einer grossen Mehrheit eine klare Zustimmung.

---

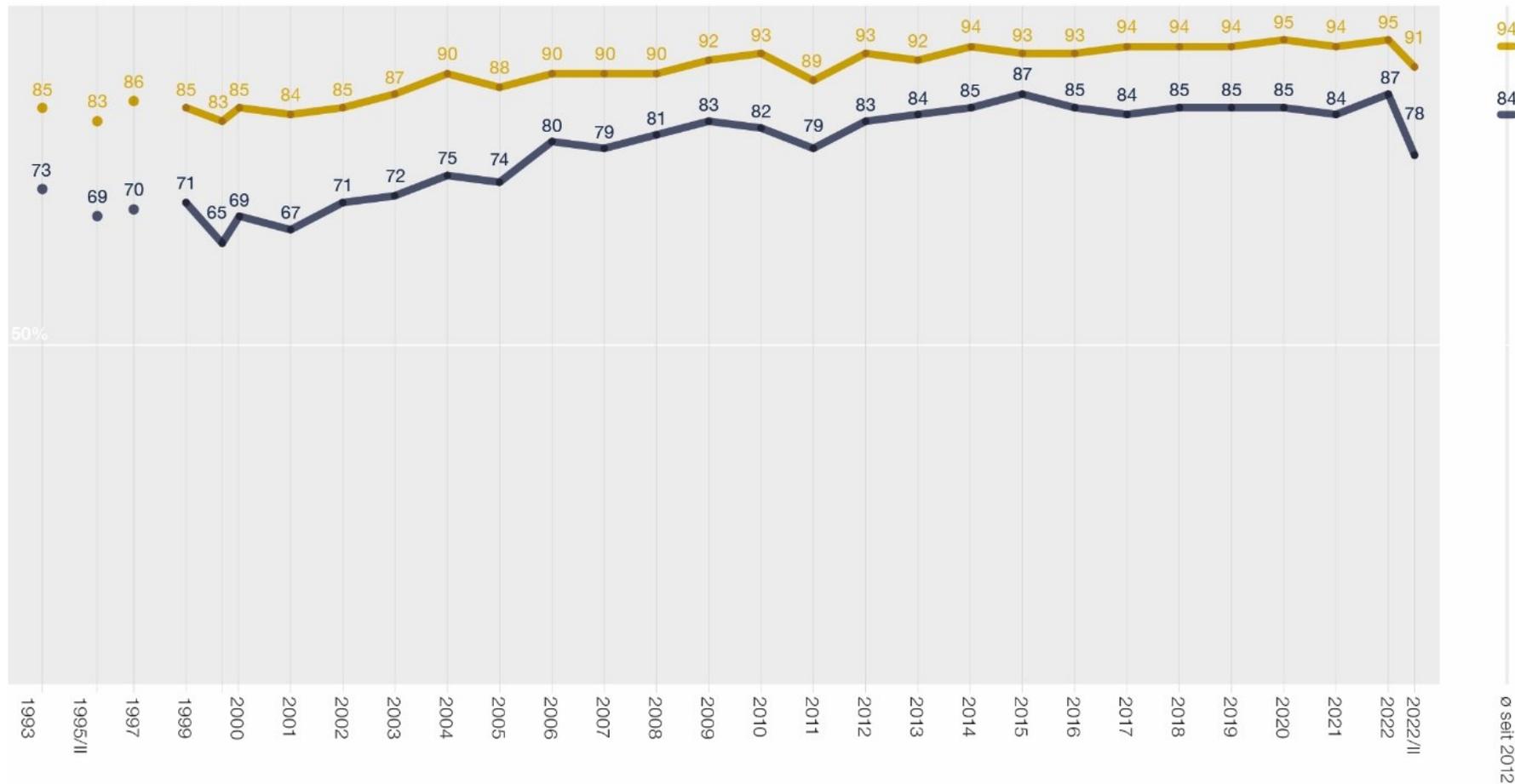
<sup>11</sup> Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1,  $V = 0.1$  kleiner Effekt,  $V = 0.3$  mittlerer Effekt,  $V = 0.5$  grosser Effekt.

<sup>12</sup> Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Abbildung 11: Solidaritäts- und Identitätsfunktion

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität.  
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



- «Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»
- «Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.»

ntrsolident|si22.5

## Solidaritätsfunktion

Mit 91% (–4 Prozentpunkte) stimmt die grosse Mehrheit der Befragten der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und international «Gute Dienste» leisten kann (siehe Abbildung 11). Damit liegt diese Einstellung unter Betrachtung der Fehlermarge im Schnitt der letzten zehn Jahre (Ø: 94%). 2011 konnte letztmals ein ähnlich grosser Rückgang gemessen werden. In wie fern der damalige Rückgang mit der sich Ende 2010 anbahnenden Revolte in Tunesien<sup>13</sup> in Verbindung gebracht werden kann, ist unklar.

Der aktuelle signifikante Rückgang kann so verstanden werden, dass zur Zeit der Umfrage im Juni 2022 die Schweizer Bevölkerung der Schweiz eine geringere Bedeutung als Konfliktvermittlerin im Ukraine-Krieg zuschreibt. Bis zum Juni ist die Schweiz trotz ihrer Neutralität nicht als Konfliktvermittlerin im Ukraine-Krieg aufgetreten und hat weder von der Ukraine noch von Russland dazu ein Mandat erhalten. Die für Anfang Juli 2022 geplante Ukraine-Reformkonferenz in Lugano wurde nach dem russischen Angriff als Ukraine Recovery Conference umgestaltet, bei welcher der Weg zum Wiederaufbau der Ukraine im Zentrum stehen soll.<sup>14</sup> Auf politischer Ebene zeigt die Schweiz damit nach wie vor international die Bereitschaft, ihre «Guten Dienste» aktiv anzubieten.

### **Soziodemografische Einflüsse:**

Es zeigen sich bei der Solidaritätsfunktion keine signifikanten soziodemografischen Unterschiede.

## Identitätsfunktion

Schweizerinnen und Schweizer sprechen der Neutralität als Bestandteil der Schweizer Identität nach wie vor eine grosse Bedeutung zu (siehe Abbildung 11). Die Zustimmung ist jedoch Mitte 2022 signifikant tiefer. Für 78% (–9 Pp) der Befragten ist die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken der Schweiz verbunden. Die Einstellung gegenüber der Identifikationsfunktion der Neutralität liegt Mitte 2022 unter dem langjährigen Durchschnitt (Ø 2012 – 2022) von 84%. Tiefere Werte wurden letztmals nur vor 2006 gemessen. Es scheint, dass der Ukraine-Krieg bei einigen Befragten dazu führt, den Staatsgedanken vermehrt von der Neutralität losgekoppelt zu denken bzw. die Identität der Schweiz als Staat nicht nur über deren Neutralität zu begründen.

### **Soziodemografische Einflüsse:**

Während sich 2022 bei der Solidaritätsfunktion keine signifikanten soziodemografischen Unterschiede zeigen, gibt es Unterschiede beim Zustimmungsgang der Identitätsfunktion der Neutralität und der politischen Einstellung. Politisch links Eingestellte stimmen der Identitätsfunktion signifikant weniger zu als Schweizerinnen und Schweizer des politisch rechten Spektrums oder der politischen Mitte (links: 69%, Mitte: 80%, rechts: 84%;  $V = 0.11$ ). Gegenüber der Befragung im Januar vor dem Krieg in der Ukraine sinkt die Zustimmung zur Identitätsfunktion der Neutralität bei der politischen Linken am stärksten.

---

<sup>13</sup> Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). *Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf. 04.07.2022. <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/23095.pdf>. 64.

<sup>14</sup> EDA (2022). *Ukraine Recovery Conference (URC2022) vom 4. und 5. Juli 2022 in Lugano*. 04.07.2022. [https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/dossiers/alle-dossiers/urc2022-lugano.html#:~:text=Ukraine%20Recovery%20Conference%20\(URC2022\)%20vom,5.%20Juli%202022%20in%20Lugano](https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/dossiers/alle-dossiers/urc2022-lugano.html#:~:text=Ukraine%20Recovery%20Conference%20(URC2022)%20vom,5.%20Juli%202022%20in%20Lugano)

#### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Die beiden Funktionen der Neutralität korrelieren mit der Zustimmung zum Neutralitätsprinzip. Schweizerinnen und Schweizer, welche die Neutralität befürworteten, stimmen auch der Identitätsfunktion ( $V = 0.32$ ) und der Solidaritätsfunktion der Neutralität ( $V = 0.29$ ) eher zu. Wer der Identitätsfunktion zustimmt, stimmt auch eher der Solidaritätsfunktion zu ( $V = 0.23$ ).

### **4.3 Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität**

Die Ansichten, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird, dass die Neutralität heute nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, sowie dass die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität, werden in der Studienreihe «Sicherheit» zu den sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität gezählt. Die internationale, völkerrechtliche Anerkennung der immerwährenden Neutralität der Schweiz und die Garantie der Unverletzlichkeit des Territoriums durch die europäischen Grossmächte erfolgte 1815 durch den Wiener Kongress.<sup>15</sup> Durch die Neutralität soll die Schweiz als eigenständiger Staat vor kriegerischen Auseinandersetzungen geschützt werden.

58% (–11 Prozentpunkte) stimmen im Juni 2022 der Aussage zu, dass die Schweiz aufgrund der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (siehe Abbildung 12). Dieser Wert liegt deutlich unter dem Zehnjahresdurchschnitt von 65%.

Die Zustimmung, dass die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden kann, ist signifikant gestiegen (siehe Abbildung 12). Mit einer Zustimmung von 51% (+4 Pp) zeigen sich Schweizerinnen und Schweizer im Juni 2022 uneinig. Der aktuelle Wert liegt über dem langjährigen Durchschnitt ( $\emptyset$  2012 – 2022) von 46%.

Seit über 20 Jahren hat die Ansicht, dass ein europäisches Verteidigungsbündnis uns mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität, nie mehr eine so hohe Zustimmung unter den Schweizerinnen und Schweizern erfahren als im Juni 2022 (siehe Abbildung 12). 35% der Schweizer Bevölkerung (+12 Pp gegenüber Januar 2021<sup>16</sup>) stellt ein europäisches Verteidigungsbündnis über die Schweizer Neutralität, wenn es darum geht, der Schweizer Bevölkerung mehr Sicherheit zu geben. In den vergangenen zehn Jahren war nur gerade rund ein Viertel ( $\emptyset$ : 24%) der Schweizer Bürgerinnen und Bürger dieser Meinung.

Zusammengefasst zeigen die Resultate, dass vermehrt Zweifel am Nutzen der Neutralität in der Stimmbevölkerung herrscht. Einerseits wird die Neutralität in geringerem Masse als Schutz vor kriegerischen Auseinandersetzungen aufgefasst, andererseits wird vermehrt an der Realisierbarkeit bzw. am militärischen Schutz der Neutralität gezweifelt. Als Alternative zur Neutralität wird für eine Minderheit eine enge sicherheitspolitische Kooperation mit der EU beliebter.

---

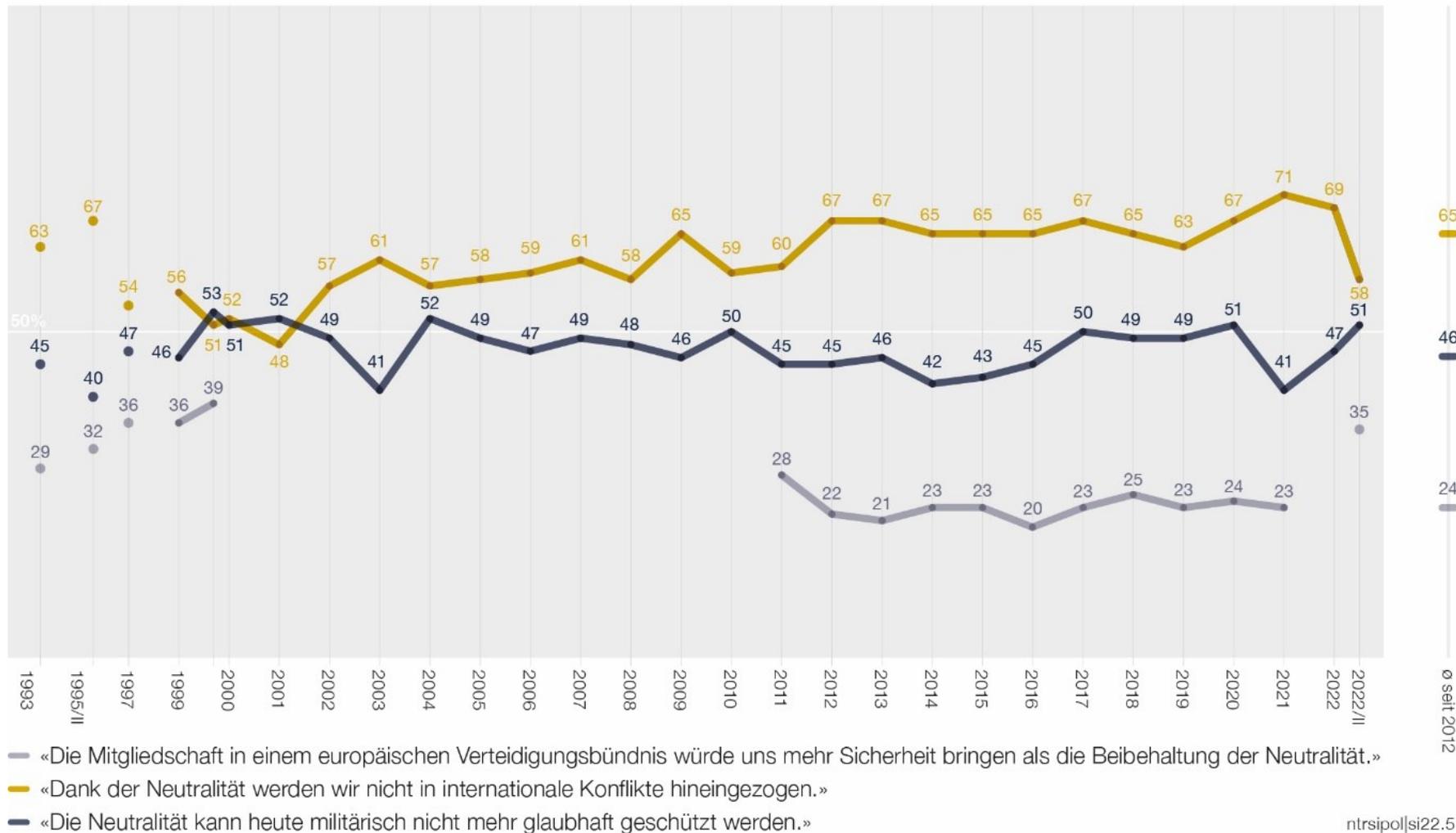
<sup>15</sup> Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J., Rohr, P (2022). *Sicherheit 2022 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich. 04.07.2022. <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/72058.pdf>. 159-160.

<sup>16</sup> Diese Frage wurde im Januar 2022 nicht gestellt, weshalb als Vergleichsjahr die Zahlen aus dem 2021 herangezogen werden.

Abbildung 12: Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



**Soziodemografische Einflüsse:**

Die sprachregionale Zugehörigkeit, das Bildungsniveau sowie auch die politische Einstellung haben einen Einfluss auf den Zustimmungsgrad zur Ansicht, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird. Befragte der Deutschschweiz und der Westschweiz stimmen dieser Neutralitätsfunktion weniger stark zu als Befragte aus dem Tessin (D-CH: 57%, F-CH: 56%, Tessin: 79%;  $V = 0.10$ ). Im Vergleich zur Befragung im Januar 2022 ist insbesondere die Zustimmung in der Deutschschweiz sehr stark gesunken und hat sich der Westschweiz angenähert. Während Befragte im Juni 2022 mit einer hohen Bildung sich uneins darüber sind, ob die Neutralität ein Schutz vor der Involviertheit in internationalen Konflikten bietet, stimmen Personen mit tiefem und mittlerem Bildungsniveau dieser Schutzfunktion mehrheitlich zu (tief: 63%, mittel: 63%, hoch: 52%;  $V = 0.12$ ). Hervorzuheben ist, dass Personen mit hoher Bildung Anfang des Jahres der Schutzfunktion der Neutralität noch mehrheitlich zugestimmt haben. Personen des politisch linken Spektrums stimmen dieser Auffassung weniger oft zu als Befragte der politischen Mitte und rechts davon (links: 44%; Mitte: 61%, rechts: 66%;  $V = 0.14$ ). Die grösste Veränderung gegenüber der Befragung vor dem Ukraine-Krieg ist dabei bei der politischen Linken festzustellen, welche im Januar noch mehrheitlich die Schutzfunktion der Neutralität befürwortet hat.

Bei der Frage, inwieweit die Neutralität heute noch militärisch glaubhaft geschützt werden kann, zeigt sich ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen dem politisch linken und rechten Lager. Während nur eine Minderheit der politisch rechts Eingestellten der Meinung ist, dass die Neutralität heute nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, stimmen dieser Aussage vor allem Befragte des politisch linken Spektrums zu. Die politische Mitte zeigt sich weitgehend uneinig darin, ob die Neutralität militärisch überhaupt noch realisierbar ist (links: 58%, Mitte: 51%, rechts: 44%;  $V = 0.12$ ). Bereits in den vergangenen Jahren hat sich immer wieder gezeigt, dass politisch links eingestellte Personen eher daran zweifeln, dass die Neutralität militärisch glaubhaft geschützt werden könne, wogegen die politische Rechte dieser Aussage zustimmt.

**Weitere signifikante Unterschiede:**

Schweizerinnen und Schweizer, die der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität zustimmen (dank Neutralität wird die Schweiz nicht in internationalen Konflikte hineingezogen), stimmen der militärischen ( $V = 0.27$ ) als auch der nationalen Autonomie ( $V = 0.24$ ) deutlicher zu. Die Aussage, dass die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, steht in Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der Leistung der Armee. Personen, die unzufrieden sind mit der Leistung der Armee sind häufiger der Meinung, dass die Neutralität militärisch nicht mehr geschützt werden kann ( $V = 0.14$ ) Schweizerinnen und Schweizer, die daran zweifeln, dass die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden kann, stimmen seltener der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird ( $V = 0.17$ ).

Die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität unterscheiden sich von der sicherheitspolitischen Dimension sowohl hinsichtlich der stärkeren Befürwortung als auch im langfristigen Trend. Seit der ersten Erhebung im Jahr 1993 verläuft die Entwicklung der Zustimmung zur Solidaritäts- und Identitätsfunktion beinahe parallel zu jener der Zustimmung des Neutralitätsprinzips. In den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts war die Unterstützung beider Dimensionen stabil, jedoch weniger breit in der Bevölkerung abgestützt als nach 2002. Auch die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität – im Sinne, dass die Neutralität vor internationalen Konflikten schützt – hat sich nach 2002 tendenziell erhöht. Ver-

glichen mit der Solidaritäts- und Identitätsfunktion ist die Zunahme der Unterstützung der sicherheitspolitischen Funktion ähnlich ausgeprägt, wenn auch auf einem deutlich tieferen Niveau. Der aktuelle Rückgang des Glaubens an einen sicherheitspolitischen Schutz durch die Neutralität ist einmalig, seit die Studienreihe «Sicherheit» nach diesem Aspekt der Neutralität fragt.

#### 4.4 Neutralität und internationale Verflechtung

Im Juni 2022 zeigt sich erneut, dass eine kritische Sichtweise zur Neutralität in der Schweizer Stimmbevölkerung nicht von einer Mehrheit getragen wird. Jedoch hat sich das Stimmungsbild seit Ausbruch des Angriffskrieges in der Ukraine signifikant geändert. Die Neutralität ist in den Augen der Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung auch mit der politischen und wirtschaftlichen Verflechtung noch möglich und sollte auch nicht vorschnell aufgegeben werden. Der Anteil an Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche in der Neutralität jedoch nicht einen «finalen» Wert an sich sehen, ist – ausgelöst durch den Ukraine-Krieg – signifikant gestiegen.

39% (+10 Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer stimmen im Juni 2022 der Sichtweise zu, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Nationen die Neutralität verunmöglicht (siehe Abbildung 13). Der gemessene Wert liegt statistisch betrachtet über dem Zehnjahresdurchschnitt ( $\emptyset$ : 33%) und ist der höchste je im Rahmen der Sicherheitsstudie für diese Frage gemessener Wert. Der Aussage, dass die Schweiz die Neutralität aufgeben sollte, sobald diese keine Vorteile mehr mit sich bringen würde, stimmen Mitte 2022 signifikant mehr Schweizerinnen und Schweizer zu (siehe Abbildung 13). Mit 20% (+8 Pp) wird der historische Tiefstwert, welcher im Januar 2022 noch gemessen wurde, nicht mehr erreicht und liegt neu unter Berücksichtigung der Fehlermarge im Bereich des Durchschnittes der Jahre 2012 bis 2022 von 17%.

##### **Soziodemografische Einflüsse:**

Frauen (43%) stimmen gegenüber Männern (34%) signifikant öfter der Ansicht zu, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten ein Hindernis für die Neutralität sei ( $V = 0.16$ ). Über alle soziodemografischen Variablen hinweg wird das Aufgeben der Neutralität, sofern sie keine Vorteile mehr bringen sollte, grossmehrheitlich und deutlich abgelehnt. Bei Schweizerinnen und Schweizern, die nicht mit der Schweizer Staatsbürgerschaft geboren wurden, zeigt sich jedoch ein etwas grösserer Anteil an Zustimmung (nicht eingebürgert: 17%, eingebürgert: 31%;  $V = 0.15$ ).

##### **Weitere signifikante Unterschiede:**

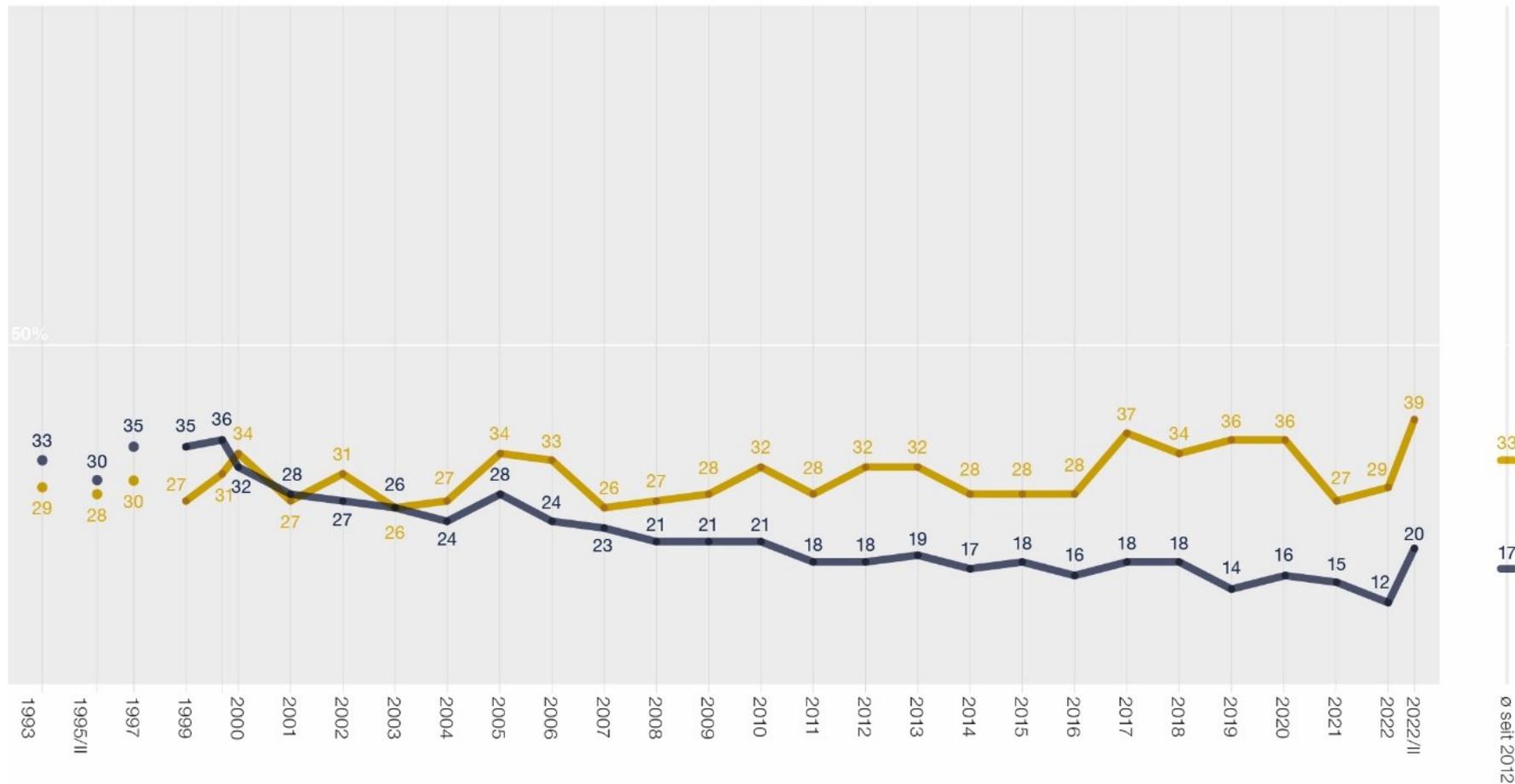
Schweizerinnen und Schweizer, die in den engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen mit anderen Staaten für die Neutralität kein Problem sehen, glauben häufiger, dass die Neutralität heute noch militärisch glaubhaft geschützt werden kann ( $V = 0.23$ ). Befragte, die die Neutralität nicht durch die Interdependenz tangiert sehen, befürworten häufiger auch das Neutralitätsprinzip ( $V = 0.21$ ).

Personen, die in der Neutralität einen finalen Wert sehen, befürworten das Neutralitätsprinzip ( $V = 0.28$ ) häufiger und vertreten eher die Auffassung, dass die Neutralität heute noch militärisch glaubhaft geschützt werden kann ( $V = 0.19$ ). Die differenzielle Neutralität wird von Schweizerinnen und Schweizern, die in der Neutralität einen finalen Wert sehen, seltener befürwortet ( $V = 0.21$ ).

Abbildung 13: Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»  
 — «Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»

ntrcoop|si22.5

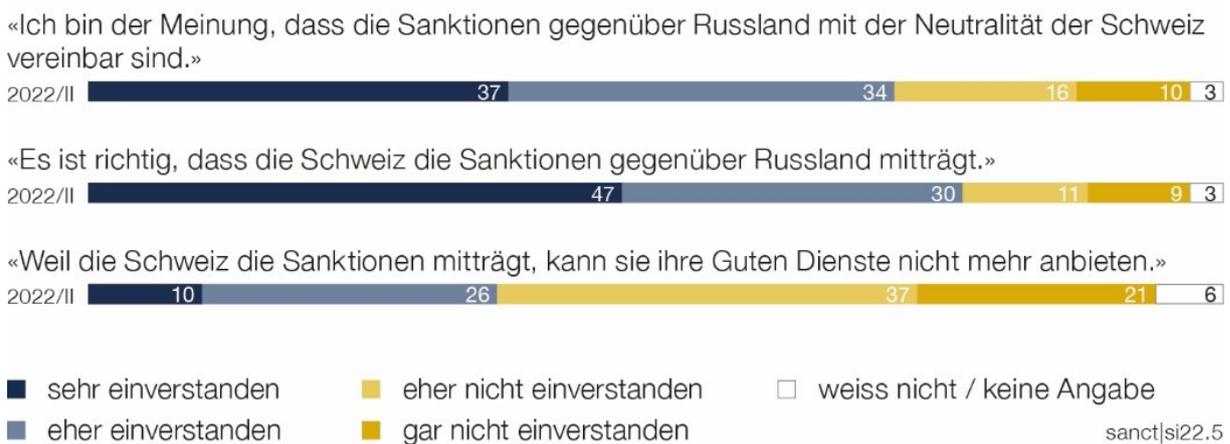
## 4.5 Schweizer Sanktionspolitik gegenüber Russland

Grundsätzlich muss zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik unterschieden werden.<sup>17</sup> Das Neutralitätsrecht wurde 1907 durch das Haager Abkommen festgeschrieben und regelt die Rechte und Pflichten neutraler Staaten. Die Neutralitätspolitik dagegen ist flexibler gestaltbar, da diese Massnahmen beinhaltet, welche über die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen hinausgehen. Die Neutralitätspolitik orientiert sich dabei an der jeweiligen Situation sowie der internationalen Lage. Seit 1990 betreibt die Schweiz eine aktive Neutralität und kann sich an wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Kriegsparteien beteiligen, unternimmt jedoch keine militärischen Massnahmen.<sup>18</sup> Von Interesse war bei der Befragung im Juni 2022, in wie weit die Schweizer Sanktionspolitik gegenüber Russland von der Bevölkerung mitgetragen wird.

Abbildung 14: Schweizer Sanktionspolitik gegenüber Russland

«Wegen dem Krieg in der Ukraine wurden Sanktionen gegen Russland verhängt. Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Rolle der Schweiz. Wie sehr sind sie mit den Aussagen einverstanden?»

Angaben in Prozent, gerundet



77% der Befragten sind sehr oder eher damit einverstanden, dass die Schweiz die Sanktionen gegenüber Russland mitträgt. Insgesamt sind 71% auch der Meinung, dass die übernommenen Sanktionen mit der Neutralität der Schweiz vereinbar sind. Mit 36% ist nur eine Minderheit der Meinung, dass aufgrund des Mittragens von Sanktionen die Schweiz ihre «Guten Dienste» nicht mehr anbieten kann. Damit werden generell die Sanktionen gegenüber Russland von einer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet und nicht als problematisch für die Schweizer Neutralitätspolitik angesehen (siehe Abbildung 14).

### Soziodemografische Einflüsse:

Signifikante regionale Unterschiede treten bei der Meinung zur Vereinbarkeit von Sanktionen mit der Neutralität sowie der Richtigkeit des Mittragens der Sanktionen auf. Dabei wird in der Deutschschweiz dem Mittragen der Sanktionen stärker zugestimmt als in der Westschweiz oder dem Tessin (D-CH: 80%, F-CH: 70%, Tessin: 69%;  $V = 0.16$ ). Die in der Deutschschweiz lebenden Befragten sind zudem stärker der Meinung, dass die Sanktionen mit der Neutralität

<sup>17</sup> Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J., Rohr, P (2022). *Sicherheit 2022 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birrmenndorf und Zürich. 04.07.2022. <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/72058.pdf>. 159-161

<sup>18</sup> Szvircev Tresch et al. 2022, 162.

vereinbar sind, als jene Befragte aus der Westschweiz (D-CH: 73%, F-CH: 64%, Tessin: 67%;  $V = 0.12$ ).

Ab 65-Jährige sind am häufigsten der Meinung, dass die Sanktionspolitik gegenüber Russland mit der Neutralität der Schweiz vereinbar ist (81%;  $V = 0.13$ ), empfinden es am stärksten als richtig, dass die Schweiz die Sanktionen mitträgt (85%;  $V = 0.13$ ) und sehen am wenigsten das Mittragen der Sanktionen als Hindernis für das Anbieten von «Guten Diensten» (30%;  $V = 0.10$ ). Dagegen empfinden die 35–49-Jährigen am seltensten die Vereinbarkeit von Sanktionen und Neutralität (62%), stimmen dem Mittragen der Sanktionen am schwächsten zu (70%) und sehen im Mittragen von Sanktionen am ehesten ein Problem für das Anbieten von «Guten Diensten» (42%).

Je höher die Bildung der Befragten ist, desto eher empfinden sie das Mittragen der Sanktionen gegenüber Russland als korrekt (tief: 57%, mittel: 72%, hoch: 85%;  $V = 0.15$ ). Je stärker links eine befragte Person sich selber einstuft, desto grösser ist deren Zustimmung zum Mittragen der Sanktionen (links: 90%, Mitte: 79%, rechts: 67%;  $V = 0.20$ ) und desto kompatibler werden die Sanktionen mit der Neutralität wahrgenommen (links: 79%, Mitte: 74%, rechts: 62%;  $V = 0.14$ ). Ebenfalls bestehen im linken politischen Spektrum seltener Zweifel über die Möglichkeit, trotz Sanktionen «Gute Dienste» anbieten zu können (links: 24%, Mitte: 38%, rechts: 44%;  $V = 0.14$ ).

#### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Schweizerinnen und Schweizer, welche die Sanktionspolitik für richtig halten, sehen weniger häufig ein Problem darin, dass die Neutralität damit verletzt werden könnte ( $V = 0.61$ ) oder, dass deshalb keine «Guten Dienste» mehr angeboten werden könnten ( $V = 0.32$ ). Zudem vertrauen diese auch stärker dem Bundesrat ( $V = 0.23$ ). Jene, welche die Sanktionen gegenüber Russland als richtig empfinden, sind auch stärker für eine Annäherung an die NATO ( $V = 0.32$ ) oder einen NATO-Beitritt ( $V = 0.24$ ) und setzen weniger auf die eigene Landesverteidigung ( $V = 0.29$ ).

## 5 Verteidigungspolitik

Die Schweizer Armee ist ein wichtiges sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz.<sup>19</sup> Aufgrund dessen erhält die Armee in der Studienreihe «Sicherheit» und in der NBF grosse Aufmerksamkeit. Das Verhältnis zwischen der Armee und der Gesellschaft (zivil-militärische Beziehungen) wird traditionellerweise anhand von sechs Dimensionen gemessen. Dabei ist als erste Dimension die Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee zu nennen. Zweitens wird der gewünschte Ausrüstungs- und Ausbildungsstand der Armee und drittens die gesellschaftliche Rolle der Armee erfragt. Zudem werden die Einstellungen zur Wehr- und Rekrutierungsform, zur Zufriedenheit mit der Leistung der Armee und schlussendlich die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben als sechste Dimension erhoben. Seit dem militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine wurden in der Öffentlichkeit vor allem drei Themenkomplexe diskutiert: 1. Die Neutralität der Schweiz (siehe Kapitel 4), 2. die Frage der Ausrüstung, hier vor allem auch die Beschaffung des Kampfflieger Lockheed Martin F-35, 3. die Aufstockung der Verteidigungsausgaben, welche stark mit der Frage zur Ausrüstung der Schweizer Armee zusammenhängt.

### 5.1 Notwendigkeit der Armee

Für die Beschreibung der zivil-militärischen Beziehungen zwischen der Schweizer Stimmbürgerin und des Militärs ist die generelle Legitimation des staatlichen Gewaltinstruments «Armee» ein wichtiges Merkmal. Dabei ist die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee ein genereller Indikator, welcher die Legitimation des Militärs in der Schweiz messen kann. Im Juni 2022 erachten 80% (+5 Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer die Armee als notwendig, was einem signifikanten Anstieg entspricht (siehe Abbildung 15). Dabei empfinden 36% (+7 Pp) diese als unbedingt notwendig und 44% (–2 Pp) als eher notwendig. 20% sehen keine Notwendigkeit einer Armee (eher nicht notwendig: 15% [+1 Pp], überhaupt nicht notwendig 5% [±0 Pp]). Der im Juni gemessene Wert zur Notwendigkeit der Armee von 80% liegt leicht über dem Zehnjahresdurchschnitt von 78%. In den letzten 40 Jahren wurde nur 2016 ein signifikant höherer Wert gemessen.

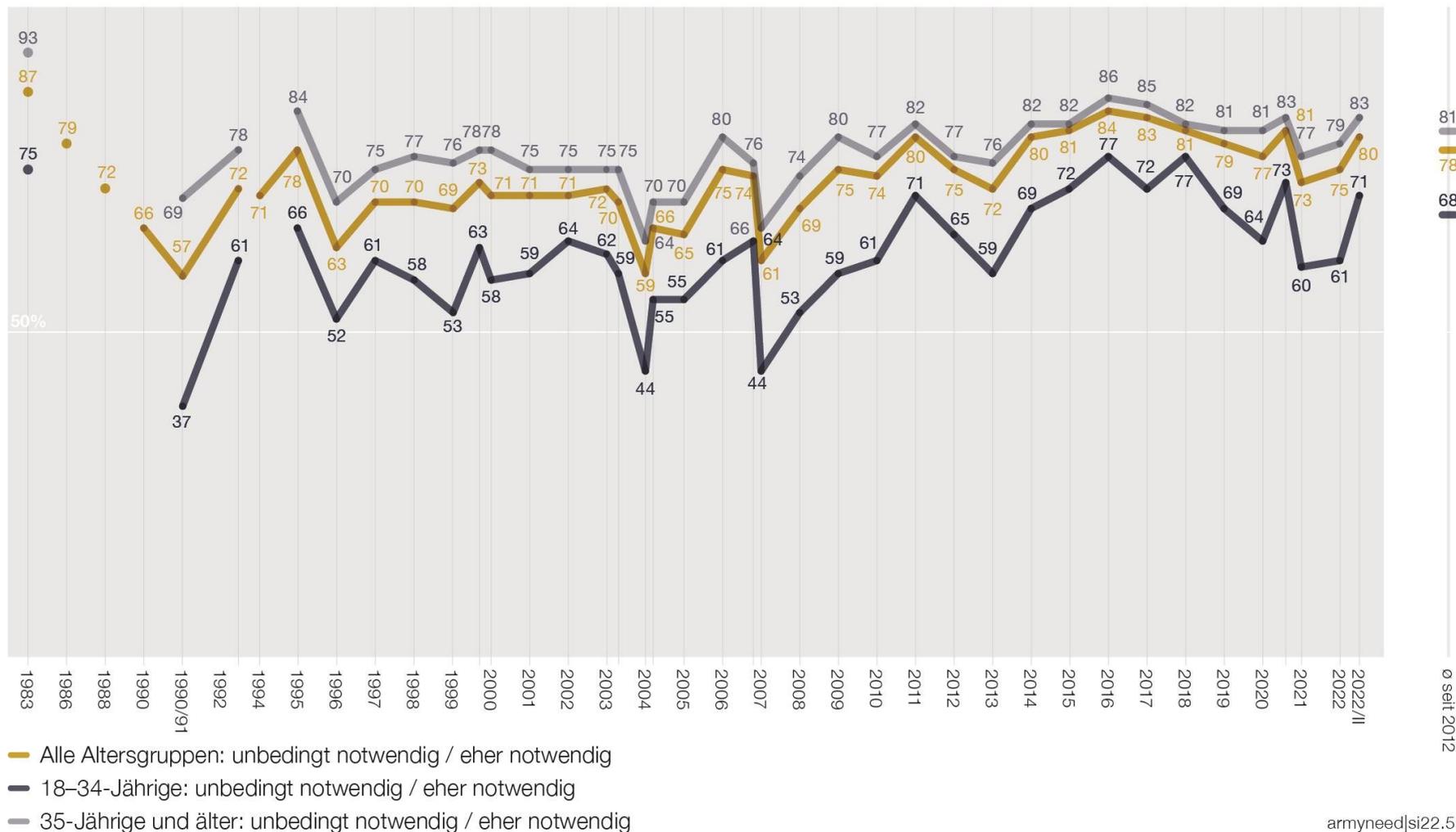
---

<sup>19</sup>Schweizerischer Bundesrat (2021). Die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bericht des Bundesrates. (06.07.2022). Die Sicherheitspolitik der Schweiz (admin.ch)

Abbildung 15: **Notwendigkeit der Armee**

«Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?»

Angaben in Prozent, gerundet



### **Soziodemografische Einflüsse<sup>20</sup>:**

Es zeigt sich, dass – wie seit 2014 – die Notwendigkeit der Armee über alle soziodemografischen Gruppen wie Geschlecht, Sprachregionen, Altersklassen und Bildungsgruppen hinweg mehrheitlich befürwortet wird. Im Juni 2022 haben aber nur die politische Einstellung und das Alter einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung der Notwendigkeit gezeigt. Traditionellerweise sind die 18–34-Jährigen im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung gegenüber der Notwendigkeit der Armee skeptischer eingestellt. Dies zeigt sich auch im Juni 2022, aber nicht mehr im gleichen Ausmass wie im Januar. 71% (+10 Pp) der 18–34-Jährigen teilen die Auffassung, dass die Schweizer Armee notwendig sei (35–65+-Jährige: 83%;  $V = 0.14^{21}$ ). Die junge Alterskohorte ist nun stärker von der Notwendigkeit der Armee überzeugt als im Vergleich zum Zehnjahresdurchschnitt von 68%. Je weiter rechts eine Person politisch eingestellt ist, desto stärker befürwortet sie die Notwendigkeit der Armee (rechts: 91%, Mitte: 86%, links: 61%;  $V = 0.27$ ). Wer zudem selbst Militärdienst geleistet hat, sieht die Armee häufiger als notwendig (Militärdienst: 86%, kein Militärdienst: 77%;  $V = 0.15$ ). Zudem sehen Schweizerinnen und Schweizer, die in einer Stadt wohnen, die Armee als weniger notwendig (Stadt: 77%, Agglo/Land: 85%;  $V = 0.12$ ).

### **Weitere signifikante Unterschiede<sup>22</sup>:**

Personen, welche eine militärische Autonomie unterstützen, sind auch tendenziell von der Notwendigkeit der Armee mehr überzeugt ( $V = 0.14$ ).

## **5.2 Ausrüstung und Ausbildung der Armee**

Während die Zustimmung zur Notwendigkeit Aufschluss über die allgemeine Legitimation und Akzeptanz der Armee in der Schweizer Stimmbevölkerung gibt, geben die Antworten zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee Auskunft über die funktionale Relevanz<sup>23</sup>, welche Schweizerinnen und Schweizer der Armee beimessen. Die Diskussion über die Ausrüstung der Schweizer Armee wurde schon im Kontext der Beschaffung des F-35 Kampffliegers geführt und bekam mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine eine neue Virulenz. Aufgrund dessen ist die Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer in Bezug auf die Ausrüstung aber auch auf die Ausbildung der Armee besonders relevant. Diese ist zudem mit der finanziellen und personellen Allokation der Schweizer Armee eng verbunden.

---

<sup>20</sup> Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's  $V$ ) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

<sup>21</sup> Im Folgenden wird das Cramer's  $V$  mit  $V$  abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1,  $V = 0.1$  kleiner Effekt,  $V = 0.3$  mittlerer Effekt,  $V = 0.5$  grosser Effekt.

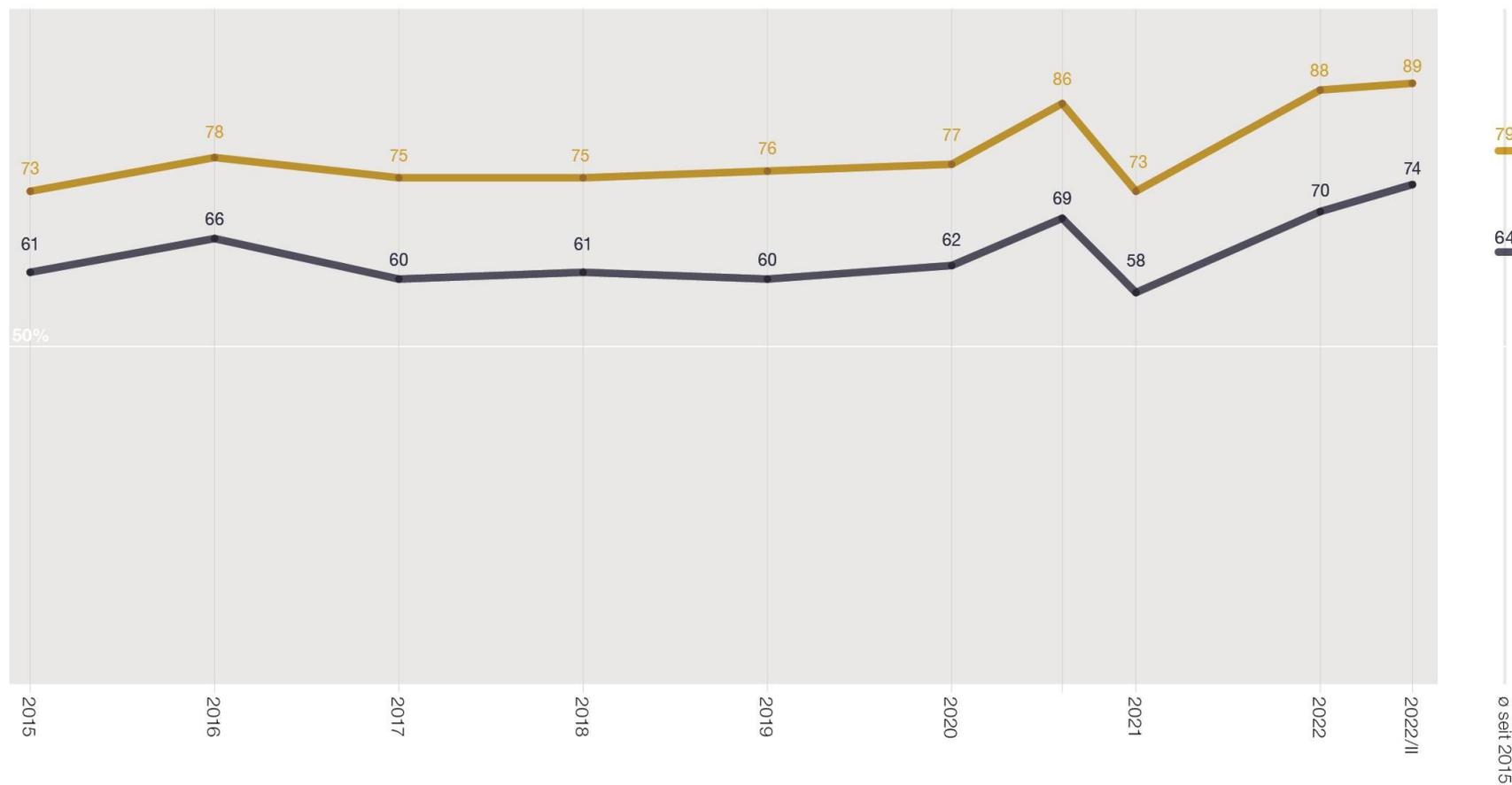
<sup>22</sup> Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's  $V$ ) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

<sup>23</sup> Für die Einsatzfähigkeit der Armee sind einerseits der Ausbildungsstand und andererseits auch die Vollausrüstung essenzielle Voraussetzungen. Anhand der Items «sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee wird die Relevanz und Wichtigkeit dieser beiden Voraussetzungen aus Bevölkerungssicht gemessen.

Abbildung 16: **Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee**

«Welchen der folgenden Aussagen über die Schweizer Armee würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



- «Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.»
- «Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.»

armyequipedu|si22.5

Wie bereits in den Vorjahren korrelieren auch im Juni 2022 die beiden Vorgaben («sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee) sehr stark ( $V = 0.47$ ): Personen, welche eine «sehr gut ausgebildete» Armee fordern, unterstützen mehrheitlich auch eine Vollausrüstung der Armee. Oder umgekehrt: Wer eine «vollständig ausgerüstete» Armee als wichtig erachtet, bejaht mit grosser Wahrscheinlichkeit auch eine «sehr gut ausgebildete» Armee.

89% (+1%) der Schweizerinnen und Schweizer befürworten im Juni 2022 eine «sehr gut ausgebildete Armee», was einem Höchststand der Zustimmung entspricht (siehe Abbildung 16). Mit dieser Vorgabe sind 45% «sehr» und 44% «eher» einverstanden. Das Bedürfnis nach einer soliden Ausbildung der Angehörigen der Armee war schon im Januar 2022 sehr ausgeprägt (88%) und kann wahrscheinlich schon zu diesem Zeitpunkt mit den Spannungen zwischen Russland und der Ukraine und der damit verbundenen geopolitischen Unsicherheit erklärt werden. Beide Werte liegen deutlich über dem Durchschnitt von 79% der Jahre 2015 bis 2022.

Die Forderung nach einer «vollständig ausgerüsteten Armee» findet so hohen Zuspruch wie noch nie und ist gegenüber Januar 2022 nochmals signifikant gestiegen (siehe Abbildung 16). 74% (+4%) der Befragten sind damit einverstanden, wobei 34% hiermit «sehr» und 40% «eher» einverstanden sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Krieg in der Ukraine zu diesem signifikanten Anstieg beigetragen hat, ist der aktuelle Wert doch deutlich höher als der Mehrjahresdurchschnitt von 64%. Einerseits wurde der Schweizer Stimmbevölkerung bewusst, dass nur mit einer gut ausgerüsteten Armee die Verteidigungsfähigkeit erfüllt werden kann, andererseits benötigt es dazu eine sehr gute Ausbildung der Angehörigen der Armee. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass schon im Januar 2022 die zu beobachteten Spannungen zwischen Russland und der Ukraine einen Einfluss auf den in der Grafik ersichtlichen Anstieg zur Ausbildung und Ausrüstung hatten. Dieser Effekt hat sich nun infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen verstärkt (Ausrüstung) beziehungsweise verharrt auf hohem Niveau (Ausbildung).

### **Soziodemografische Einflüsse Ausbildung:**

Männer unterstützen signifikant häufiger eine sehr gut ausgebildete Armee als Frauen (Männer: 91%, Frauen: 88%;  $V = 0.16$ ), und politisch linksstehende Befragte teilen diese Auffassung weniger oft als die politische Mitte oder Personen aus dem rechten Spektrum (rechts: 95%, Mitte: 91%, links: 82%;  $V = 0.15$ ). Wer selbst Militärdienst geleistet hat, spricht sich ebenfalls häufiger für eine gut ausgebildete Armee aus, als Personen, welche keinen Militärdienst geleistet haben (Militärdienst: 93%, kein Militärdienst: 89%;  $V = 0.17$ ).

### **Soziodemografische Einflüsse Ausrüstung:**

Je rechter eine Person politisch eingestellt ist, desto eher unterstützt sie eine vollständig ausgerüstete Armee (rechts: 86%, Mitte: 80%, links: 55%;  $V = 0.24$ ). Vor allem die politische Mitte unterstützt mit +7% gegenüber Januar 2022 die Vollausrüstung deutlich stärker. Männer sind signifikant häufiger mit einer vollständig ausgerüsteten Armee einverstanden als Frauen (Männer: 81%, Frauen: 67%,  $V = 0.21$ ). Während Frauen eine voll ausgerüstete Armee im Juni gleich stark unterstützen wie im Januar, sind es die Männer, welche um +7% häufiger diese Vorgabe unterstützen. Befragte mit tiefer Bildung sprechen sich signifikant öfter für eine Vollausrüstung der Armee aus als Personen mit mittlerer oder hoher Bildung (hoch: 68%, mittel: 78%, tief: 88%;  $V = 0.13$ ). Schweizerinnen und Schweizer, die selbst Militärdienst geleistet haben, befürworten häufiger eine vollständig ausgerüstete Armee (Militärdienst: 86%, kein Militärdienst: 71%;  $V = 0.24$ ).

### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee hat einen starken Einfluss auf die Einstellung zu einer «sehr gut ausgebildeten» und einer «vollständig ausgerüsteten» Armee. Schweizerinnen und Schweizer, die ihr Militär als notwendig erachten, befürworten die Vollausrüstung ( $V = 0.44$ ) und eine sehr gute Ausbildung der Armeee Angehörigen ( $V = 0.36$ ). Die Forderung nach einer qualitativ guten Ausbildung korreliert mit der Befürwortung der Wehrpflicht ( $V = 0.23$ ) und der Meinung, dass die Armee zentral für die Gesellschaft sei ( $V = 0.34$ ).

Ein starker Zusammenhang lässt sich zwischen einer «vollständig ausgerüsteten» Armee und den Verteidigungsausgaben feststellen. Je stärker eine Vollausrüstung unterstützt wird, desto stärker sind die Befragten dafür, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen ( $V = 0.36$ ). Wer zufriedener mit der Leistung der Armee ist, steht auch stärker hinter einer «vollständig ausgerüsteten» Armee ( $V = 0.31$ ). Die Forderung nach einer Vollausrüstung korreliert auch mit dem Einverständnis, dass die Schweiz sich der NATO mehr annähern ( $V = 0.13$ ) soll. Ebenfalls zeigt sich, dass der Wunsch nach militärischer Autonomie mit dem Wunsch nach einer vollständig ausgerüsteten Armee positiv zusammenhängt ( $V = 0.18$ ).

## **5.3 Gesellschaftliche Rolle der Armee**

Die Armee ist zum einen ein sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz und hat zum anderen auch eine gesellschaftliche Integrationsfunktion, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweizer Bevölkerung beiträgt.<sup>24</sup> Seit 1976 wird die gesellschaftliche Rolle der Schweizer Armee mit den drei Antwortmöglichkeiten gemessen, ob das Militär als zentraler Teil der Gesellschaft, als ein notwendiges Übel oder als eine abschaffungswürdige Institution betrachtet wird. Dabei bleibt die gesellschaftliche Rolle der Armee gegenüber Januar 2022 unverändert (siehe Abbildung 17). Für 47% (-1 Prozentpunkt) der Schweizerinnen und Schweizer spielt das Militär im Juni 2022 «eine zentrale Rolle». 42% (+4 Pp) der Befragten erachten das Militär als «ein notwendiges Übel» und 10% (-4 Pp) der Befragten befürworten die Abschaffung des Militärs. Im Juni 2022 liegt die Zustimmung zum Zentralitätsgedanken über ( $\emptyset$ : 44%) und zum notwendigem Übel genau im Durchschnitt ( $\emptyset$ : 42%) von 2012 bis 2022. Die Betrachtungsweise, dass das Militär ruhig abgeschafft werden könnte, liegt tiefer als der Zehnjahresdurchschnitt von 13%. Es scheint, dass sich tendenziell Personen, welche die Armee abschaffen wollten, diese nun eher als notwendiges Übel betrachten, da es nur Verschiebungen bei diesen zwei Antwortvorgaben gab.

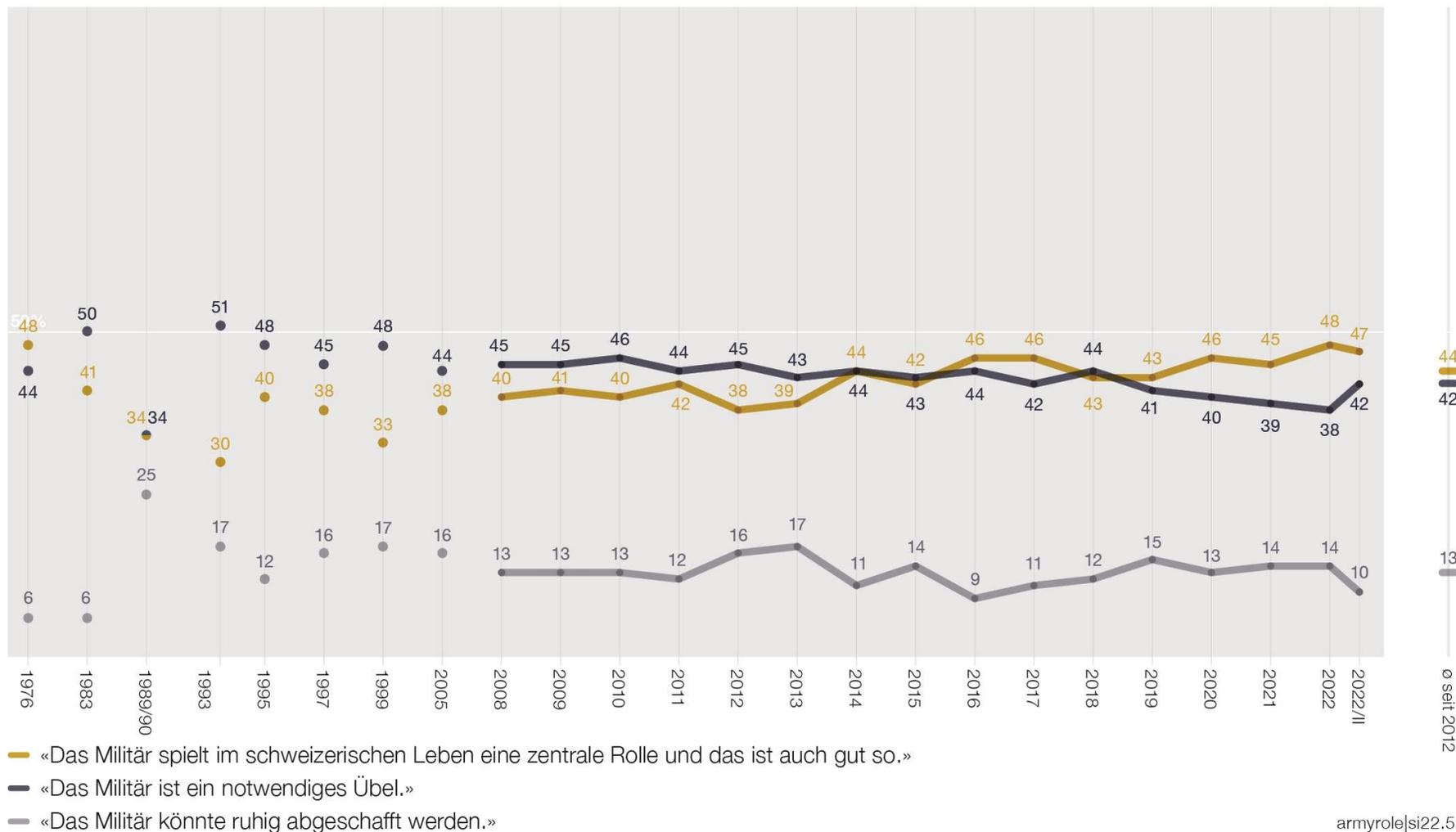
---

<sup>24</sup> Würmli, S. (2015). *Die Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen in der Schweiz. Eine Analyse anhand von stimmbevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen, 1983 – 2013*. Zürich: Buchbinderei Bommer GmbH, 68.

Abbildung 17: Die gesellschaftliche Rolle der Armee

«Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.»

Angaben in Prozent, gerundet



### **Soziodemografische Einflüsse:**

Die politische Orientierung einer Person schlägt sich auch in der Einstellung der gesellschaftlichen Bedeutung der Armee nieder. Schweizer Stimmberechtigte des politisch linken Spektrums betrachten das Militär eher als ein notwendiges Übel (links: 58%, Mitte: 39%, rechts: 33%;  $V = 0.29$  für alle Vorgaben). 21% der links Positionierten stimmen der Armeeabschaffung zu. Diese Ansicht wird bei den Rechten von 3% und jenen der politischen Mitte von 6% geteilt ( $V = 0.29$ ). Je höher das Bildungsniveau, desto signifikant weniger oft stimmen Schweizerinnen und Schweizer dem Zentralitätsgedanken zu (hoch: 38%, mittel: 53%, tief: 79%;  $V = 0.16$ ). Beim Alter unterscheidet sich die jüngste Gruppe von der ältesten Gruppe signifikant betreffend die Zentralität der Armee (18–34-Jährige: 38% versus 54% bei den ab 65-Jährigen;  $V = 0.11$ ).

### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Die Einstellung, dass das Militär in der Schweizer Gesellschaft eine zentrale Rolle spielt, steht in Verbindung mit weiteren Einstellungen zur Armee: Befragte, welche die Notwendigkeit der Armee bejahen ( $V = 0.58$ ), im Allgemeinen mit der Leistung der Armee zufrieden sind ( $V = 0.44$ ), die Verteidigungsausgaben ( $V = 0.45$ ) anheben oder zumindest so wie jetzt belassen wollen und hinter der Milizarmee anstelle einer Berufsarmee ( $V = 0.22$ ) stehen, befürworten die zentrale Rolle des Militärs überdurchschnittlich stark. Dieses Muster zeigte sich schon in früheren Befragungen in gleich starkem Masse. Einen Zusammenhang besteht zwischen der Befürwortung einer militärischen Autonomie und der Meinung, dass das Militär in der Gesellschaft zentral ist ( $V = 0.21$ ). Ebenfalls besteht eine Beziehung zwischen der Befürwortung der Neutralität ( $V = 0.13$ ) und der zentralen Rolle der Armee.

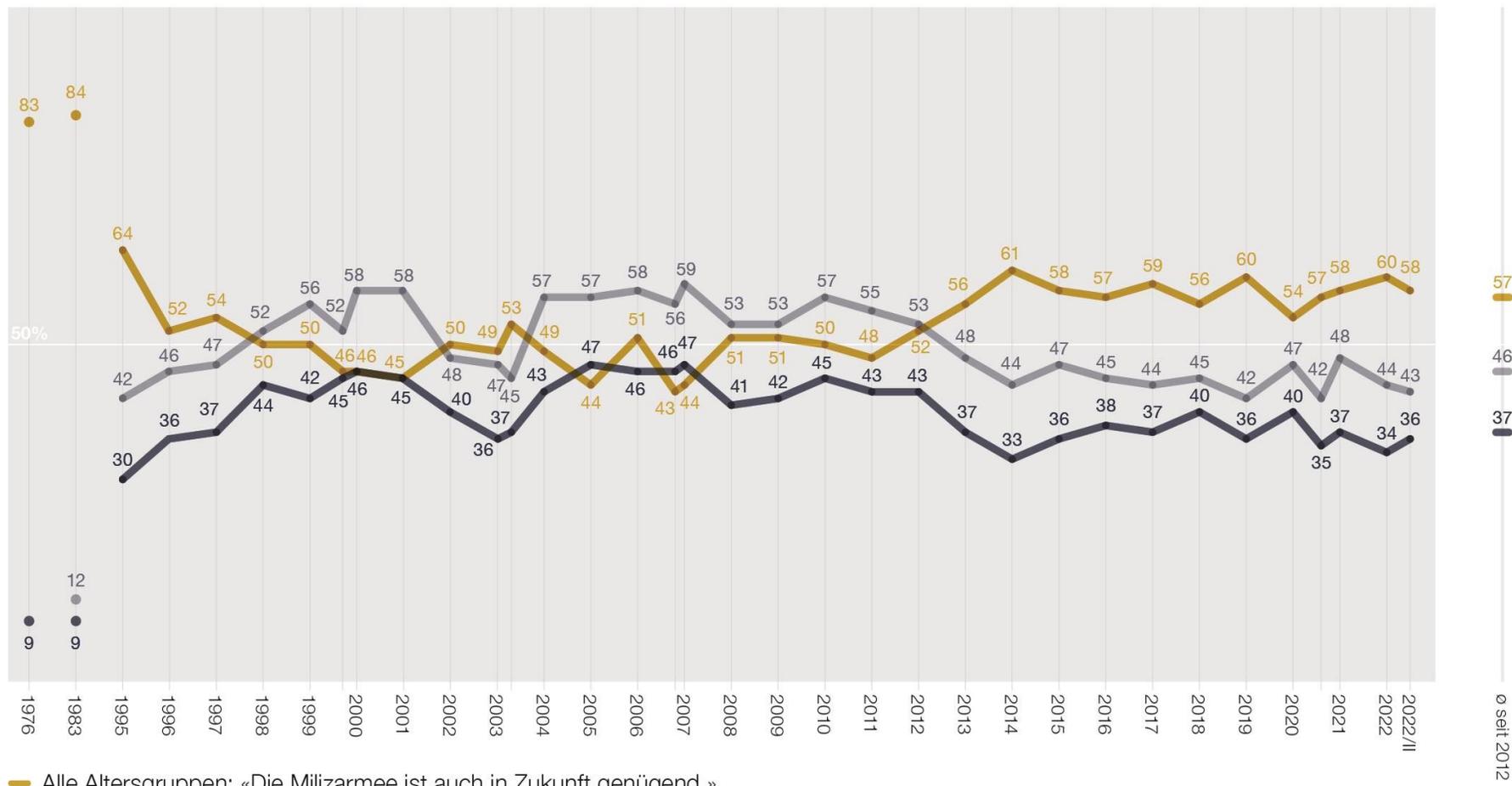
## **5.4 Miliz- versus Berufsarmee**

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee seit Erhebungsbeginn stets von einer Mehrheit bejaht wurde, war die Mehrheit der Stimmbevölkerung nicht immer mit der Miliz als Wehrform einverstanden. Als Alternative wurde auch eine Berufsarmee ins Auge gefasst. Seit 2013 präferiert aber eine deutliche Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung die Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee. Dies ist auch im Juni 2022 der Fall (siehe Abbildung 18). 58% (–2 Prozentpunkte) der Befragten spricht sich für die Milizarmee aus, 36% (+2 Pp) können sich eine Berufsarmee vorstellen. Die 18–34-Jährigen stimmen der Berufsarmee mit 43% (–1 Pp) zu. Alle drei Werte bewegen sich im Zehnjahresdurchschnitt und haben sich gegenüber Januar 2022 nicht verändert (Ø: Milizarmee: 57%; Ø: Berufsarmee: 37%; Ø: Berufsarmee 18–34-Jährige 46%). Es lässt sich somit feststellen, dass der Krieg in der Ukraine bis jetzt noch keinen Einfluss auf die Beurteilung der Wehrform ausübt.

Abbildung 18: Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee

«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»

Angaben in Prozent, gerundet



- Alle Altersgruppen: «Die Milizarmee ist auch in Zukunft genügend.»
- Alle Altersgruppen: «Wir würden in Zukunft eine Berufsarmee brauchen.»
- 18-34-Jährige: «Wir würden in Zukunft eine Berufsarmee brauchen.»

armymilvsprof|si22.5

### **Soziodemografische Einflüsse:**

Ab 65-Jährige unterstützen die Milizarmee häufiger als 18–34-Jährige (66% versus 49%;  $V = 0.12$ ). Ebenfalls stehen Männer mit 65% häufiger hinter der Milizarmee als Frauen mit 51% ( $V = 0.12$ ). Wer zudem selbst Militärdienst geleistet hat, weist eine deutlich höhere Befürwortung der Milizarmee auf, als Personen, die keinen Militärdienst geleistet haben (Militärdienst: 74%, kein Militärdienst: 56%;  $V = 0.18$ ).

### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Befragte, die eine Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee favorisieren, erachten die Armee als notwendiger ( $V = 0.25$ ) und sind zufriedener mit der Leistung der Armee ( $V = 0.26$ ). Schweizerinnen und Schweizer, welche einen NATO Beitritt ablehnen, stehen häufiger hinter der Milizarmee als Wehrsystem der Schweiz ( $V = 0.11$ ).

## **5.5 Abschaffung der Wehrpflicht**

Gegenüber Januar 2022 bleibt die Einstellung zur Abschaffung der Wehrpflicht unverändert (siehe Abbildung 19). 33% (–2 Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer befürworten im Juni eine Abschaffung der Wehrpflicht. Im Zehnjahresvergleich ( $\emptyset$ : 37%) ist dies ein unterdurchschnittlicher Wert. 65% (+1 Pp) der Befragten lehnen die Abschaffung der Wehrpflicht ab und sprechen sich somit für deren Erhaltung aus. Generell steht die Schweizer Stimmbevölkerung seit 2013 wieder deutlicher hinter der Wehrpflicht als Rekrutierungsform.

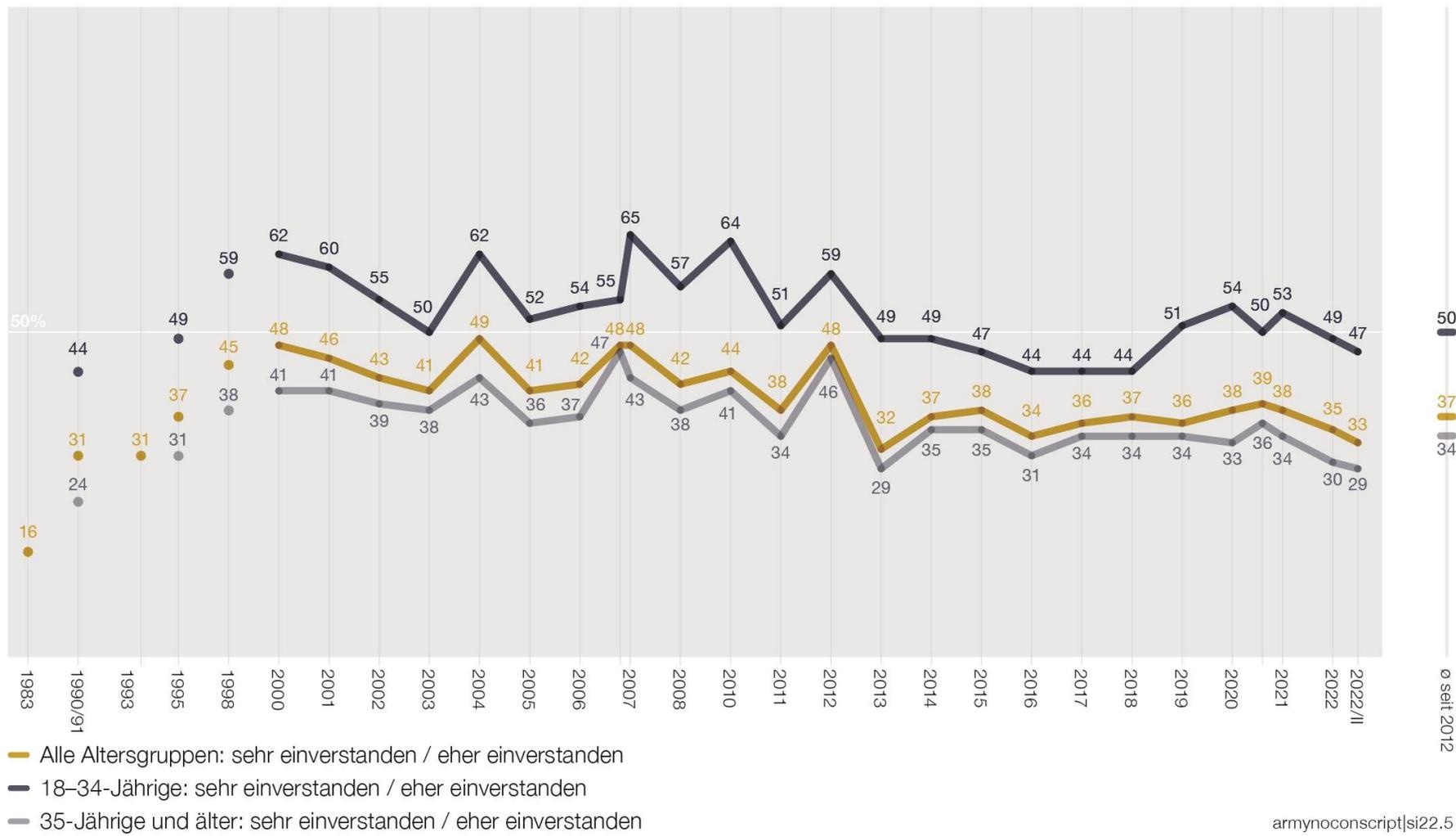
### **Soziodemografische Einflüsse:**

Die politische Orientierung einer Person schlägt sich auch in der Einstellung zur Abschaffung der Wehrpflicht nieder. Je linker sich Befragte politisch einstufen, desto stärker befürworten sie die Abschaffung der Wehrpflicht (rechts: 23%, Mitte: 29%, links: 48%;  $V = 0.21$ ). Ab 65-Jährige lehnen die Abschaffung der Wehrpflicht signifikant öfter ab als 18–34-Jährige (16% versus 47%;  $V = 0.15$ ). Männer lehnen die Abschaffung der Wehrpflicht häufiger ab als Frauen (Männer: 71%, Frauen: 59%,  $V = 0.22$ ). Sprachregional tendieren Tessinerinnen und Tessiner im Gegensatz zur Deutschschweiz eher dazu, die Wehrpflicht aufzugeben (Tessin: 54%, D-CH: 30%;  $V = 0.10$ ). Wer selbst Militärdienst geleistet hat, ist seltener der Meinung, dass die Armee nur noch durch Freiwillige alimentiert werden soll (Militärdienst: 20%, kein Militärdienst: 41%;  $V = 0.28$ ). Zudem sprechen sich Schweizerinnen und Schweizer, die nicht mit der Schweizer Staatsangehörigkeit geboren wurden, häufiger für die Abschaffung der Wehrpflicht aus (nicht eingebürgert: 31%, eingebürgert: 49%;  $V = 0.15$ ).

Abbildung 19: Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht

«Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.»

Angaben in Prozent, gerundet



Ergebnisse der Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022»

**Weitere signifikante Unterschiede:**

Ein starker Zusammenhang zeigt sich zwischen der Beibehaltung der Wehrpflicht und der Präferenz für das Milizsystem ( $V = 0.47$ ). Damit hängt auch der Wunsch nach einer sehr gut ausgebildeten Armee zusammen ( $V = 0.23$ ). Befragte, welche die Wehrpflicht nicht abschaffen wollen, erachten die Armee signifikant als notwendiger ( $V = 0.37$ ), attestieren dem Militär eine zentrale Rolle in der Gesellschaft ( $V = 0.39$ ) und sprechen sich für ein höheres oder zumindest gleich hohes Budget wie heute aus ( $V = 0.31$ ). Je grösser das Vertrauen in die Armee ist, desto stärker wird die Wehrpflicht unterstützt ( $V = 0.24$ ).

**5.6 Zufriedenheit mit der Leistung der Armee**

Die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee aus Sicht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist für das Verständnis der zivil-militärischen Beziehungen wichtig. Aufgrund dessen wird im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» seit 2011 jährlich erhoben, wie zufrieden die Schweizer Stimmbevölkerung mit der Leistung der Armee ist.

Tabelle 3: **Zufriedenheit mit der Leistung der Armee**

Gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10

(1 = «überhaupt nicht zufrieden», 10 = «sehr zufrieden»)

	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'20/II	'21	'22	'22/II	SD	$\Delta$ 22/22/II	$\emptyset$ 12– 22/II
Zufriedenheit mit der Leistung der Armee	6.0	6.2	6.1	6.3	6.3	6.5	6.5	6.3	6.5	6.5	6.7	6.4	6.6	<b>6.6</b>	1.8	$\pm 0$	6.4

SD            Standardabweichung  
 $\Delta$             Differenz  
 $\emptyset$             Durchschnitt

Die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee im Juni 2022 bleibt gegenüber der Januarbefragung 2022 gleich hoch (siehe Tabelle 3). Auf einer Skala von 1 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden» geben die Befragten der Armee im Schnitt eine Bewertung von 6.6 ( $\pm 0$ ). Die Zufriedenheit liegt über dem Zehnjahresdurchschnitt von 6.4. Es scheint, dass der Krieg in der Ukraine bisher keinen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee ausübt.

**Soziodemografische Einflüsse:**

Je weiter rechts sich eine Person verortet, desto zufriedener ist sie mit der Leistung der Armee (rechts: 7.1, Mitte: 6.8, links: 5.8;  $V = 0.24$ ). Das Bildungsniveau ist ebenfalls ein Unterscheidungsmerkmal. Je tiefer die Bildung der Befragten, desto positiver wird die Leistung der Armee bewertet (hoch: 6.2, mittel: 6.9; tief: 7.6;  $V = 0.19$ ). Ab 65-Jährige sind zufriedener mit der Leistung als die 18–34-Jährigen (6.2 versus 7.0;  $V = 0.13$ ). In der Deutschschweiz ist die Zufriedenheit im Durchschnitt grösser als in den anderen Sprachregionen (D-CH: 6.7, Rest: 6.3;  $V = 0.14$ ). Schweizerinnen und Schweizer, die nicht als Schweizer geboren wurden, äussern im Schnitt eine grössere Zufriedenheit gegenüber der Leistung der Armee im Vergleich zu gebürtigen Schweizerinnen und Schweizern (nicht eingebürgert: 6.6, eingebürgert: 6.9;  $V = 0.13$ ).

### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Schweizerinnen und Schweizer, die zufrieden mit der Leistung der Armee sind, attestieren ihr häufiger eine zentrale gesellschaftliche Rolle ( $V = 0.44$ ) und erachten sie als notwendig ( $V = 0.40$ ). Eine höhere Zufriedenheit mit der Leistung der Armee geht auch mit einer stärkeren Befürwortung des Milizsystems als Wehrstruktur ( $V = 0.26$ ) einher. Zudem korreliert der Wunsch nach einer sehr gut ausgebildeten ( $V = 0.28$ ) und nach einer vollständig ausgerüsteten Armee ( $V = 0.31$ ) mit der positiven Einschätzung der Leistung der Armee.

## **5.7 Verteidigungsausgaben**

Ein weiterer wichtiger und aufschlussreicher Indikator für die Beschreibung der Beziehung zwischen der Gesellschaft und der Armee ist die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben, welche aufzeigt, inwieweit Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereit sind, Ressourcen für das Militär als auch für die Sicherheit der Schweiz im weitesten Sinne bereitzustellen. Infolge des Krieges in der Ukraine flammte in der Schweiz im März 2022 die schwelende Diskussion über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben wieder auf. Bürgerliche Vertreterinnen und Vertreter forderten eine Erhöhung um 2 Milliarden in den kommenden Jahren, bzw. eine Aufstockung auf 1% des Bruttosozialproduktes bis 2030.<sup>25</sup> Im parlamentarischen Prozess beschloss der Ständerat am 2. Juni 2022, nachdem der Nationalrat schon am 9. Mai einer Erhöhung der Ausgaben bis 2030 zugestimmt hatte, dem Beschluss des Nationalrates zu folgen.<sup>26</sup> In diesem Abschnitt interessiert, inwiefern und ob nun Schweizerinnen und Schweizer aufgrund der kriegerischen Invasion Russlands in die Ukraine ihre Einstellung zu den Verteidigungsausgaben geändert haben.

Im Vergleich zur Erhebung im Januar 2022 haben sich die Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben im Juni 2022 statistisch betrachtet deutlich verändert (siehe Abbildung 20). Der Anteil der Befragten, welche die Verteidigungsausgaben als «gerade richtig» bemisst, bleibt zwar mit 46% gleich ( $\pm 0$  Prozentpunkt, Zehnjahresdurchschnitt 47%). Doch die Haltung, dass die Schweiz «viel zu viel / zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgeben, ist signifikant gesunken und wird aktuell von 30% ( $-12$  Pp) der Befragten geteilt. Dieser Wert liegt ebenfalls deutlich unter dem Zehnjahresdurchschnitt von 37% und ist der tiefste je gemessene Wert bei dieser Ausprägung. Hingegen zeigt sich ein Höchstwert von Schweizerinnen und Schweizern, welche der Meinung sind, dass für die Armee «zu wenig / viel zu wenig» Geld ausgegeben werde. 19% ( $+12$  Pp) teilen diese Auffassung. Diese Einstellung hebt sich auch im Vergleich zum Zehnjahresdurchschnitt von 11% klar ab. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Krieg in der Ukraine einen sehr starken Einfluss auf die Meinung zu den Verteidigungsausgaben ausübt. Eine solch klare Verschiebung zwischen den zwei Einstellungen («zu viel» versus «zu wenig») konnte in diesem Ausmass noch nie festgestellt werden.

---

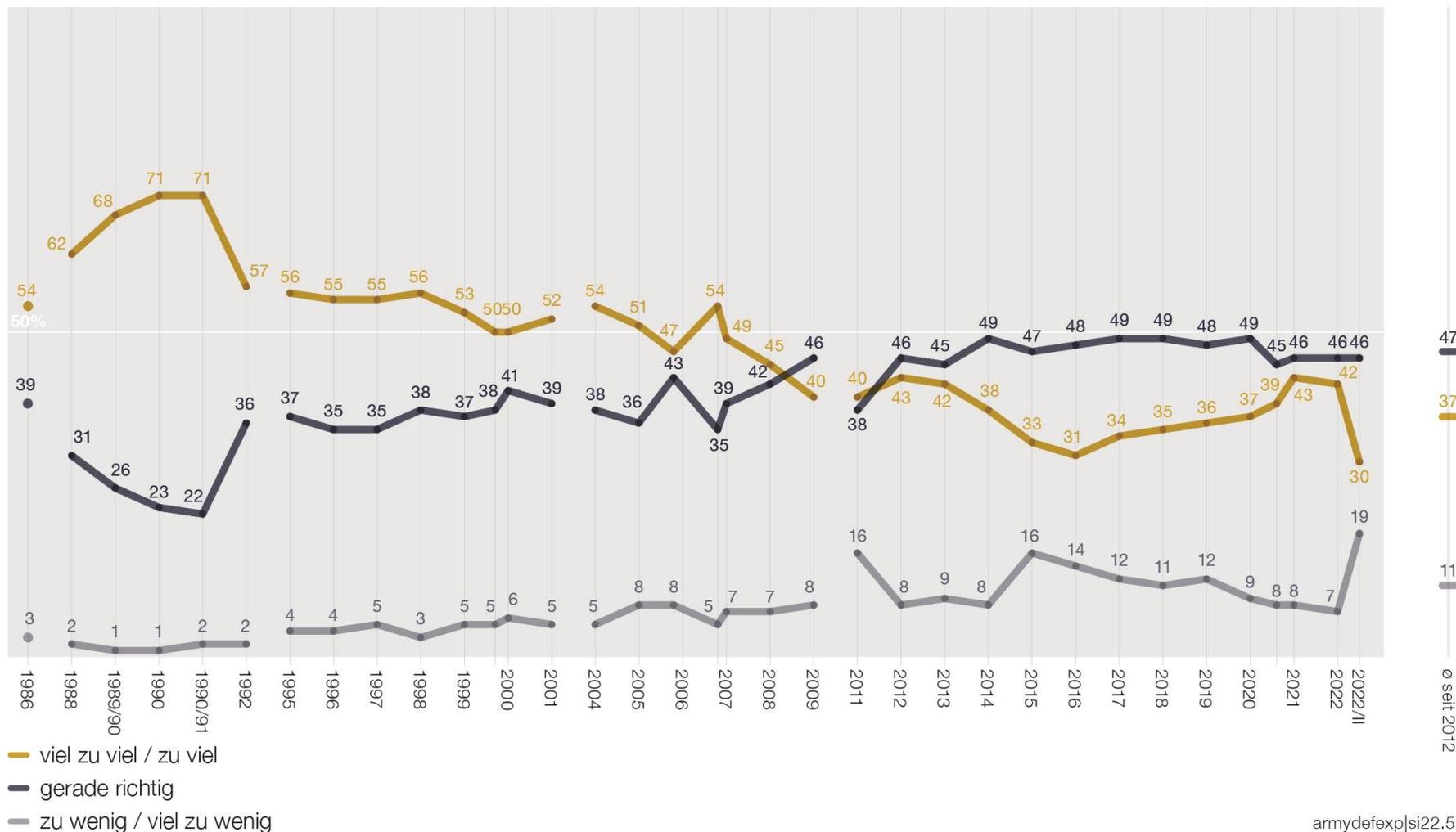
<sup>25</sup> Gafner, Beni (2022). *Wohin fliesst das viele Geld?* Berner Zeitung, 10.05.2022, Seite 11.

<sup>26</sup> SDA (2022). *Parlament will Armeeausgaben schrittweise erhöhen*. 4.7.2022: [https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2022/20220602104143671194158159038\\_bsd076.aspx](https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2022/20220602104143671194158159038_bsd076.aspx)

Abbildung 20: **Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben**

«Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?»

Angaben in Prozent, gerundet



Ob mit dieser Verschiebung des Meinungsbildes die vom Parlament beschlossene Erhöhung um 2 Milliarden bis 2030 von der Schweizer Bevölkerung nun befürwortet wird, kann aber nicht direkt abgeleitet werden, da nicht konkret nach dem Entscheid des Parlamentes gefragt wurde. Nach wie vor ist eine relative Mehrheit der Meinung, dass gerade genug ausgegeben werde, wobei zum Befragungszeitpunkt im Juni nicht klar war, welchen Betrag die Befragten nun als Referenz für ihre Meinungsäußerung verwendeten.

#### **Soziodemografische Einflüsse:**

Zwischen den drei politischen Lagern zeigen sich auch im Juni 2022 signifikante Unterschiede. Von links über die Mitte bis nach rechts nimmt die Einstellung signifikant ab, dass die Schweiz «zu viel / viel zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgibt (links: 48%, Mitte: 27%, rechts: 15%;  $V = 0.25$ ). Vor allem politisch in der Mitte Positionierte teilen diese Meinung im Juni 2022 deutlich weniger stark (-14 Pp). Bei der Auffassung, dass «zu wenig / viel zu wenig» Geld für die Verteidigung ausgegeben werde, zeigt sich der gegenteilige Trend. 28% der politisch rechts Eingestellten vertreten diese Ansicht, hingegen aber nur 19% der politischen Mitte und 9% der politisch links Eingestellten. Zudem teilen Frauen signifikant stärker die Meinung, dass «zu viel / viel zu viel» Geld ausgegeben wird als Männer (Frauen: 36%, Männer: 23%;  $V = 0.22$ ). Ab 65-Jährige vertreten weniger oft die Meinung, dass «viel zu viel / zu viel» Geld für die Verteidigung ausgegeben werde als die jüngste Altersgruppe (ab 65-Jährige: 19%, 18–34-Jährige: 41%;  $V = 0.12$ ). In der Deutschschweiz ist zudem die Meinung häufiger verbreitet, dass die Armeeaussgaben zu tief seien (D-CH: 21%, F-CH: 16%, Tessin: 5%;  $V = 0.11$ ). Dasselbe gilt für Personen, die selbst Militärdienst geleistet haben (Militärdienst: 30%, kein Militärdienst: 15%;  $V = 0.25$ )

#### **Weitere signifikante Unterschiede:**

Mit der Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee ( $V = 0.42$ ), mit der Forderung nach einer «vollständig ausgerüsteten» Armee ( $V = 0.36$ ), und der Ansicht, dass das Militär in der Gesellschaft eine zentrale Rolle spiele ( $V = 0.45$ ), nimmt auch die Befürwortung nach höheren Verteidigungsausgaben deutlich zu. Je höher das Vertrauen in die Armee ist, desto weniger oft zeigt sich die Meinung, dass zu viel Geld ausgegeben wird ( $V = 0.25$ ).

Fazit: Es zeigt sich, dass die Bevölkerung ihre Meinung gegenüber den Verteidigungsausgaben geändert hat, doch nach wie vor ist eine relative Mehrheit der Meinung, dass die Schweiz im Moment "gerade richtig" Geld für die Armee ausgibt. Eine Erhöhung wird von einem Fünftel der Befragten gefordert. Daraus kann abgeleitet werden, dass Schweizerinnen und Schweizer im Moment eine Erhöhung der Ausgaben nicht ohne weiteres gutheissen. Andere Befragungen, z.B. von Gallup Schweiz, konnten in diesem Zusammenhang ähnliche Resultate erheben.<sup>27</sup>

---

<sup>27</sup> Schuler, Edgar (2022). *Die Bevölkerung sieht die Ausrüstungspläne kritisch*. Basler Zeitung, 10.6.2022, Seite 5,

## **6 Fazit zur Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022»**

Der Vergleich zwischen der Haupterhebung der Studie «Sicherheit 2022» (N=1217) und der im Juni 2022 durchgeführten Nachbefragung (N=1003) zeigt Folgendes:

Die veränderten Werte zwischen der Haupterhebung im Januar und der Nachbefragung im Mai – Juni 2022 der Fragen zum aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild sind massgeblich auf den Krieg in der Ukraine, die gegenüber Russland getroffenen Sanktionen als auch auf die gesellschaftliche und politische Diskussion der Rolle der Schweiz als neutraler Staat zurückzuführen. Die Schweizer Bevölkerung sieht der Zukunft pessimistischer entgegen. Sowohl die Situation in der Schweiz wie auch weltweit wird kritischer betrachtet. Dies gilt auch für die Neutralität. Generell kann konstatiert werden, dass die Vorteile der Neutralität skeptischer betrachtet werden und die Nachteile mehr gesehen werden als im Januar 2022. Eine Annäherung an die NATO wird stärker befürwortet. Die positive Haltung der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber der Armee hat sich weiter akzentuiert. Die Zustimmung zur Notwendigkeit ist gestiegen und eine «vollständig ausgerüstete» Armee wird signifikant stärker unterstützt. Verbunden damit ist der Anteil der Befragten signifikant auf einen Höchstwert gestiegen, welche die Verteidigungsausgaben als zu tief beurteilen; jedoch zeigt sich ein Tiefstwert an Personen, welche die Ausgaben als zu hoch einschätzen.

(leere Seite)

### **Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich**

Die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufsoffiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Führung und Kommunikation, Militärgeschichte, Militärpädagogik und -psychologie, Militärökonomie, Militärsoziologie und Strategische Studien betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

### **Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich**

Das Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS) wurde 1986 gegründet und befasst sich in Forschung und Lehre mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Das Center ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

### **Studienreihe «Sicherheit»**

Die Studienreihe «Sicherheit», welche die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.